

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	6/2021-2026
Datum	06.12.2021
Sitzungsbeginn	09:30
Sitzungsende	18:00
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkman, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Prof. Dr. Danne, Harald

Schreiber, Heinz

CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bender, Anna-Lena

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Budde, Heiko

Deusing, Kevin

Hundertmark, Michael

Irmer, Hans-Jürgen

Krämer-Bender, Rabea

Lenzer, Carmen
Müller, Armin
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Schönwetter, Tim
Schumacher, Silke
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel
Steinraths, Frank

SPD-Fraktion

Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Breustedt, Michelle
Egler, Beatrix
Engel, Jürgen
Fay, Anja
Glade-Wolter, Cornelia
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan
Weppler, Elke

Bgo/Die Grünen

Biermann, Andrea
Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Klement, Martina
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Strehlau, Petra
Zühlsdorf-Gerhard, Carmen

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner

Lefèvre, Christa
Ludwig, Jörg
Peller, Michael

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Gottsmann, Thomas
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Knies, Hans-Horst
Ohnacker, Christiane
Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Betz, Karin
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt, Kerstin
Horne, Eberhard
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

es fehlt entschuldigt

Harapat, Dominic abwesend
Herr, Christoph Alexander abwesend
Hofmann, Kristin abwesend
Prof. Dr. Silbe, Katja abwesend
Dr. Viertelhausen, Andreas abwesend

Wagner, Steffen abwesend

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

TOP 3.

Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
hier: Anhörung der Städte und Gemeinden
(MI-33/2021)

TOP

Resolution der Gemeindevertretung

TOP 4.

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 mit Haushaltsplan und
Investitionsprogramm 2021 - 2025
(VL-336/2021)

TOP 5.

Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2021;
Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen Produktbereich 05 Soziale Leistungen
(A-42/2021)

TOP 6.

Bewältigung der COVID-19-Pandemie
Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Produktbereich 07 Gesundheitsdienste
(A-41/2021)

TOP 7.

Wirtschaftsplan 2022 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill
(VL-293/2021)

TOP 8.

Wirtschaftsplan 2022 der Lahn-Dill-Akademie
(VL-297/2021)

TOP 9.

Grundschule Waldgirmes
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021
(A-14/2021)

TOP 10.

Reinigung der heimischen Schulen
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021

(A-15/2021)

TOP 11.

Raumangebote Vereine Lahnau
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021
(A-16/2021)

TOP 12.

Medizinstipendien
Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2021
(A-17/2021)

TOP 13.

"Gendergerechte Sprache" im amtlichen Gebrauch des Lahn-Dill-Kreises
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.06.2021
(A-31/2021)

TOP 14.

Verzicht auf die sogenannte "gendergerechte Sprache" im amtlichen Gebrauch des Lahn-Dill-Kreises
Antrag der AfD-Fraktion vom 18.07.2021
(A-21/2021)

TOP 15.

Klimanotstand
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2021
(A-18/2021)

TOP 16.

Turnhalle TV Dillenburg
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.07.2021
(A-19/2021)

TOP 17.

Pressefreiheit im Lahn-Dill-Kreis gewährleisten - Angriff auf Pressefreiheit von Rechtsaußen ächten
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.07.2021
(A-20/2021)

TOP 18.

Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
Antrag der CDU-Fraktion vom 28.07.2021
(A-33/2021)

TOP 19.

Hochwasserschutz für die Bevölkerung
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 16.08.2021
(A-24/2021)

TOP 20.

Vorrang des Sachleistungsprinzips bei zur Ausreise verpflichteten Ausländern
Antrag der AfD-Fraktion vom 19.08.2021
(A-23/2021)

TOP 21.

Brandschutz Werner-Best-Haus
Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021
(A-26/2021)

TOP 22.

Fair Trade Produkte
Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021
(A-28/2021)

TOP 23.

Sachstandsbericht Wertstoffhöfe
Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2021
(A-29/2021)

TOP 24.

Informationsfreiheitsgesetz
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.08.2021
(A-34/2021)

TOP 25.

Migration aus Afghanistan
Antrag der AfD-Fraktion vom 10.09.2021
(A-36/2021)

TOP 26.

Einrichtung einer Kinder- und Jugendvertretung im Lahn-Dill-Kreis
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 04.10.2021
(A-37/2021)

TOP 27.

Einrichtung eines Kreisarchivs
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2021
(A-38/2021)

TOP 28.

Entschädigungssatzung
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2021
(A-39/2021)

TOP 29.

Parteilpolitische Neutralität der Koordinierungs- und Fachstelle in der Partnerschaft für Demokratie
Wetzlar / Lahn-Dill
Antrag der AfD-Fraktion vom 14.11.2021
(A-40/2021)

Sitzungsverlauf

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 6. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen

Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Heinz Schreiber und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten.
Weiter begrüßt er den Vertreter der Medien, Herrn Jörgen Linker, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzender Volkmann (CDU) begrüßt besonders die Abgeordnete Petersen (CDU), die am Tag der Kreistagssitzung Geburtstag hat, und überreicht ihr einen Blumenstrauß. Außerdem gratuliert er Herrn Landrat Schuster (SPD) zur Wahl zum Präsidenten des Hessischen Landkreistages und überreicht ebenfalls einen Blumenstrauß.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung sei mit Schreiben vom 15. November 2021 form- und fristgerecht eingeladen worden. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden. Ein Teil der Abgeordneten habe die Beratungsunterlagen auf eigenen Wunsch digital erhalten. Die Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 als Anlage sei bereits in der letzten Kreistagssitzung ausgelegt und per Mail übersandt worden. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 2. Dezember 2021 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 24. November 2021 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft in Erinnerung, dass der Ältestenrat am 23.08.2021 festgelegt habe, dass die Tagesordnungspunkte 13 und 14 zum Thema Gendern zusammen beraten werden. Der Ältestenrat habe weiter beschlossen, dass die Generaldebatte zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4 gemeinsam erfolge.

Dringlichkeitsantrag CDU-Fraktion Hilfeleistung durch die Bundeswehr

Abgeordnete Schäfer (CDU) begrüßt, dass der Kreis die Initiative bereits umgesetzt und einen Hilfeleistungsantrag bei der Bundeswehr gestellt habe. Der Antrag sei damit erledigt. Sie danke allen Soldatinnen und Soldaten, die im Rahmen der Pandemie für das Land im Einsatz seien.

Dringlichkeitsantrag CDU-Fraktion Kommunale Impfstellen

Abgeordneter Deusing (CDU) spricht für die Dringlichkeit. Die bereits eingereichten zwei Impfbambulanzen würden nicht genügen. Wegen der Sonderimpfmittelbestellungen des Bundes und des zusätzlichen medizinischen Personals im Rahmen der Hilfeleistung durch die Bundeswehr könnten und müssten weitere Impfstellen eingerichtet werden.

Abgeordnete Kunz (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit. Es gebe bereits 2 Impfbambulanzen im Kreis. Außerdem impften die Haus- und Werksärztinnen und -ärzte, so dass schon sehr viel im Kreis getan werde und die Dringlichkeit nicht gesehen werde.

Abstimmungsergebnis:

Mehrstimmig abgelehnt

Ja-Stimmen: 25 (19 CDU, 6 AfD)

Nein-Stimmen: 41 (18 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP)

Enthaltungen: 4 (3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

Damit sei die Dringlichkeit abgelehnt worden. Der Tagesordnungspunkt werde auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung gesetzt.

Dringlichkeitsantrag AfD-Fraktion Dezentrale Unterbringung von Migranten

Abgeordneter Mulch (AfD) spricht für die Dringlichkeit. Der Kreis müsse zukünftig mehr Menschen unterbringen als geplant. Hierunter auch Menschen, die wegen eines abgelehnten Asylantrages zur Ausreise verpflichtet seien. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes sollten diese nicht mehr dezentral untergebracht werden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Mulch (AfD) in seiner Rede zweimal zur Sache und fordert ihn auf, zur Dringlichkeit und nicht materiell zum Antrag zu sprechen.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) spricht gegen die Dringlichkeit. In den letzten Wochen seit der regulären Einladung zur Kreistagssitzung hätte sich kein neuer Sachverhalt ergeben. Der Wohnungsmarkt hätte sich in dieser Zeit nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:
Mehrstimmig abgelehnt

Ja-Stimmen: 7 (6 AfD, 1 fraktionslos)
Nein-Stimmen: 63 (19 CDU, 18 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)
Enthaltungen: 0

Damit sei die Dringlichkeit abgelehnt worden. Der Tagesordnungspunkt werde auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung gesetzt.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht. Sie gilt somit als genehmigt.

Zu TOP 1. Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Siehe Anlage Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 06.12.2021

Hilfeleistung durch die Bundeswehr

Landrat Schuster (SPD) berichtet, dass 11 Soldaten aus Schwarzenborn in den Lahn-Dill-Kreis kommen würden. Sie würden in Heisterberg untergebracht und unterstützen die Kontaktnachverfolgung der Abteilung Gesundheit. Es seien auch Soldaten für die Durchführung von PCR-Testungen zur Unterstützung der niedergelassenen Ärzte angefordert worden. Hierfür gebe es noch keine Zusage.

Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) berichtet von einem Zuwendungsbescheid des Hessischen Ministers für Soziales und Integration iHv. 538.858 € für die Finanzierung des Personalaufbaus der Abteilung Gesundheit des Lahn-Dill-Kreises in der Zeit vom 01.02.2020 bis 31.12.2021. Der Zuwendungsbescheid sei zweckgebunden

Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Imbiss

Vorsitzender Volkmann (CDU) lädt die Abgeordneten zu einem Imbiss in der Mittagspause ein.

Entschädigungsbogen

Vorsitzender Volkmann (CDU) weist darauf hin, dass kein Entschädigungsbogen ausgefüllt werden müsse, wenn bereits ein Grundantrag abgegeben worden sei. Es sei lediglich ein Eintrag in die Teilnahmeliste erforderlich und der entsprechende Haken müsse gesetzt werden.

Andacht

Vorsitzender Volkmann (CDU) lädt die Abgeordneten zu einer Andacht ein, die traditionell vor der ersten Kreistagssitzung im Jahr stattfindet und von Herrn Pfarrer Peter Hofacker von der Katholischen Domgemeinde Wetzlar gehalten werde.

Zu TOP 2. Fragestunde

Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Zu TOP 3. Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 hier: Anhörung der Städte und Gemeinden MI-33/2021
--

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass es eine gemeinsame Stellungnahme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gebe. Außerdem hätten die Gemeindevertretungen der Stadt Solms und der Gemeinde Eschenburg eine Resolution zur Haushaltssatzung verabschiedet, die dem Mitteilungsblatt zu entnehmen sei. Es liege ihm eine Bitte vor, wonach Bürgermeister Lay als Vertreter der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden die Stellungnahme vortragen wolle. Da die Geschäftsordnung kein Rederecht für Gäste vorsehe, wolle er den Kreistag über diese Anfrage bestimmen lassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür
1 Enthaltungen

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt das Verfahren der Durchführung der Haushaltsdebatte mit. Da man sich bereits im Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss (HFWO) ausführlich mit den Anträgen befasst habe, bitte er im Interesse einer zügigen Beschlussfassung, sich in den Redebeiträgen selbst zu beschränken. Er weist darauf hin, dass es nach der Geschäftsordnung für die Haushaltsberatungen keine Redezeitbegrenzung gebe.

Bürgermeister Lay teilt mit, dass die Stellungnahme von der Bürgermeisterin und allen Bürgermeistern unterschrieben worden sei. Die AG Haushalt und Haushaltssicherung der Bürgermeisterin und der Bürgermeister des Lahn-Dill-Kreises habe die Stellungnahme verfasst, die auf eine kooperative Zusammenarbeit hinziele. Er dankt Herrn Jochem und Herrn Käuferstein von der Abteilung für Kommunalaufsicht, für ihre Mitarbeit in dieser AG. Die Kreis- und Schulumlage würde bereits aufgrund der erhöhten Umlagegrundlagen ansteigen. Wenn der Lahn-Dill-Kreis zusätzlich die Hebesätze erhöhe, schmälere dies die Finanzkraft der Städte und Gemeinden. Daher rege man an, zunächst von der Erhöhung abzusehen und im Frühjahr 2022 das Zahlenwerk der Haushaltspläne der Kommunen in Zusammenarbeit mit der genannten AG zu betrachten und zu beurteilen, wie auch vom Bundesverwaltungsgericht gefordert. Sollte nach Sichtung der Haushaltszahlen das Erfordernis der Umlageerhöhung gesehen werden, könne diese durch Beschlussfassung des Kreistages bis zum 31.08.2022 rückwirkend vorgenommen werden. Zum Stellenplan merkt er an, dass für Stellenerhöhungen qualitativ und quantitativ messbare Ziele hinterlegt werden müssten, um den zwingenden Bedarf und die Unaufschiebbarkeit nachvollziehen

zu können. Stellenausweitungen sollten nur bei entsprechender Refinanzierung erfolgen und nicht bei Erhöhung der Kreis- und Schulumlage. Stellen zur Erledigung von Pflichtaufgaben sollten im Gegensatz zu Stellen für freiwillige Aufgaben gesondert ausgewiesen werden. Man respektiere, dass der Kreis aufgrund der nachvollziehbaren Veränderungen der Lebensbedingungen sein Aufgabenspektrum im Bereich Mobilität und Umweltschutz erweitere. Dies könne jedoch nicht zu Lasten der Städte und Gemeinden gehen, die eigene Zuständigkeiten auf diesem Handlungsfeld hätten.

Landrat Schuster (SPD) bedankt sich für die Stellungnahme und die Arbeit des Bürgermeister Lay in der AG. Die Hebesätze könnten durch den Kreistag beeinflusst werden, die Umlagegrundlagen jedoch nicht. Hohe Umlagegrundlagen seien ein Zeichen für hohe Steuereinnahmen und erleichterten den Haushaltsausgleich. In dieser Krise hätten Bund und Land durch finanzielle Hilfen Einbrüche von Steuereinnahmen bei den Kommunen verhindert. Außerdem profitiere man von einer niedrigen Arbeitslosenquote und einer sich erholenden Wirtschaft. Wegen der Stellungnahme habe man sich darauf verständigt, die Hebesätze zu senken (siehe Landratsantrag). Zur Gegenfinanzierung führt er das positive Ergebnis des letzten 3. Quartalsberichtes 2021 (2,5 Mio. €) an. Weiter nennt er die Verschiebung des Corona bedingten Verlustausgleiches des ÖPNV. Er erinnert, dass man den Kommunen außerdem den Breitbandanteil von 3,8 Mio. € abgenommen habe. Dies entspreche einem Punkt bei der Kreisumlage. Weiter werde man den Kommunen zu ihrer Entlastung 1,5 Mio. € als besondere Finanzausweisung für das Haushaltsjahr 2021 aus der Liquidität zurückgeben. Zur Erweiterung des Stellenplans teilt er mit, dass 3 Aufgabengebiete auf den Kreis zukommen würden. Er nennt den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Refinanzierung zu 75 %), den Digitalpakt Schule (Stellen für den Support von digitalen Endgeräten an Schulen, Pflichtaufgabe mit teilweiser Refinanzierung) und den Pakt für den Nachmittag (Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder, Rechtsanspruch ab dem 01.01.2026). Die Ganztagsbetreuung wolle man mit externen Partnern durchführen, aber Qualitätsstandards festzulegen. Es gebe keine Kompensationsmöglichkeiten für die Stellenausweitung. Der Landesrechnungshof habe bereits in 2018 in einer überörtlichen Prüfung festgestellt, dass kein Einsparpotential vorhanden sei. Weiter habe man eine Quote von schwerbehinderten Menschen unter den Beschäftigten iHv. 10 %, was berücksichtigt werden müsse. Mobilitätsfragen und Klimaschutz kämen hinzu. Im Landkreis würden jährlich ca. 700 Mio. € für Energie ausgegeben. Diese Energie solle möglichst vor Ort klimaneutral erzeugt werden, wovon auch die Kommunen profitieren würden. Selbst wenn man alle Stellen in 2023 besetzt habe, werde die Personalkostenquote unter 18 % liegen. Die Finanzierung der Aufgabe Eingliederungshilfe für die Betreuung von Menschen mit Behinderungen sei nahezu kommunalisiert worden und habe in 2016 50,13 % der gesamten Kreisumlage ausgemacht (2022/2023: 56 %). Die Einnahmen würden auf diese Weise wieder an die Kommunen zurückfließen. Er bedankt sich abschließend für die gute Zusammenarbeit mit der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) bedankt sich für die Stellungnahme des Bürgermeisters Lay. Dieser habe darauf verwiesen, dass man bei der Kreisumlage auf die Finanzkraft und Leistungsfähigkeit der Kommunen Rücksicht nehmen müsse. Dies habe auch der Hessische Staatsgerichtshof in seiner Entscheidung zum kommunalen Finanzausgleich betont. Der Landrat vertrete einen anderen Ansatz, indem von den Bedürfnissen des Kreises ausgegangen werde. Man müsse sich stattdessen die Frage stellen, wie man die Leistungsfähigkeit der Kommunen beurteile, und eine Ausgleichsbetrachtung in der Leistungsfähigkeitsbetrachtung aufgehen lassen. Es werde darauf ankommen, ob es sich um Pflichtaufgaben handele, die bezahlt werden müssten, oder um freiwillige Dienstleistungen. Oft würden Bereiche ausgeweitet, die eigentlich Aufgaben der Kommunen seien. Die Energiediskussion sei ein typisches Beispiel für einen übergriffigen Landkreis, da es Aufgabe der Kommunen sei, dies zu lösen. Die Kommunen hätten rückwirkend Gewerbesteuer ausfallzahlungen erhalten. Die Einnahmesituation habe sich jedoch besser entwickelt, was auch berücksichtigt werden müsse. Der Steuerertrag könne sich in den Folgejahren wieder verschlechtern, so dass Kreis- und Schulumlage zukunftsgerichtet sein müssten. Er bedankt sich bei der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern, für die gemeinsame Stellungnahme.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) stellt fest, dass man als Kreistag nur die Möglichkeit habe, über die Kreisumlage die Einnahmen des Kreises zu steuern. Diese lägen insgesamt zu niedrig, was eine Frage des Landes sei. Der Regierungspräsident gebe klare Hinweise, welche Grundsätze man bei der Erstellung eines ausgeglichenen Haushaltes zu wahren habe. Man liege zudem deutlich unter der klaren Zielgröße einer Obergrenze von 53 %, die sich die Koalition gesetzt habe. Er empfiehlt an die Opposition gerichtet, nicht weitere Aufgaben anzuziehen, die in weitere Umlageerhöhungen mündeten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** fest, dass die Stellungnahme der Städte und Gemeinden zur Kenntnis genommen worden sei.

Zu TOP 4.

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm 2021 - 2025
VL-336/2021

Abgeordnete Zühlsdorf-Gerhard (Bgo/Die Grünen) berichtet aus den Beratungen im Umweltausschuss. Der Beschlusstext sei nicht korrekt gewesen und die einzige Tischvorlage, ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion „Aufwendungen für Tierschutzvereine“, habe nicht beraten werden können, da weder der zuständige Dezernent, noch die Fachdienstleitung vor Ort gewesen seien. Weitere Vorlagen zum Haushalt seien wegen einer Absprache im Ältestenrat erst im Verlauf der Sitzung per Mail übersandt worden und hätten daher nicht beraten werden können. Sie habe daher darum gebeten, die Beratungen in den HFWO zu verlagern.

Abgeordneter Lemler (SPD) berichtet, dass im Vorfeld der Haushaltsberatung eine Besichtigung der Theodor-Heuss-Schule stattgefunden habe. Der Bauplan könne wie vorgesehen eingehalten werden. Die Baukosten seien jedoch erheblich gestiegen. Man habe nicht nur den Ergebnishaushalt, sondern auch den Finanzhaushalt intensiv beraten. Die Abstimmung über die Einzelanträge habe man dem HFWO überlassen.

Abgeordnete Lefe`vre (FWG) berichtet von den Beratungen im Bildungsausschuss.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) stellt die Ergebnisse der Beratungen im Sozialausschuss vor. Man habe einvernehmlich darauf verzichtet, die Änderungsanträge separat aufzurufen und zu beraten.

Abgeordneter Berns (FDP) stellt die Ergebnisse der Beratungen im HFWO dar. Eine Zusammenfassung der Abstimmung über die Einzelanträge liege als Tischvorlage vor. Ebenso eine tabellarische Übersicht über die finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt.

Abgeordneter L. Müller (CDU) bezieht sich auf den beschlossenen Koalitionsvertrag, wo festgelegt sei, dass man einen handlungsfähigen Landkreis und Städte brauche. Festgelegtes Ziel sei es, die Belastungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch die Kreis- und Schulumlage auf das unabwiesbare Minimum zu begrenzen, was er unterstütze. Nicht jedoch die Konkretisierung des Minimums durch eine Begrenzung des Hebesatzes der Kreis- und Schulumlage auf 53 %. Er nennt Beispiele dafür, was die vorgenommene Umlageerhöhung für die Städte und Gemeinden praktisch bedeute. Die Gemeinden hätten drei Möglichkeiten, Mehrausgaben zu kompensieren. Dies seien ein harter Sparkurs, die Hinnahme von Haushaltsdefiziten oder Steuererhöhungen. Dies begrenze deren Handlungsfähigkeit, so dass man von der Kreisregierung ebenfalls ernsthafte Einsparbemühungen erwarte. Eine Erhöhung der Kreisumlage belaste zudem die Bürgerinnen und Bürger, da die Städte und Gemeinden genötigt würden die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Über den Landratsantrag werde die Erhöhung des Hebesatzes um 1,03 % zurückgenommen. Dies sei aber auf veränderte Planungsdaten zurückzuführen und erinnere an

Verhandlungen auf einem Basar. Durch zusätzliche Überprüfung der geplanten Ausgaben hätte man die Erhöhung möglicherweise komplett vermeiden können. Weiterer Schwachpunkt des Haushaltes sei, dass für wichtige Dinge zu wenig Geld ausgegeben werde. Er nennt die Tierschutzvereine und die Förderung des Chorgesanges. Er sei außerdem überzeugt, dass es Einsparpotentiale in der Verwaltung gebe, indem Abläufe und Strukturen effizienter und digitaler gestaltet würden. Er kritisiert, dass keinem Haushaltsantrag seiner Fraktion im HFWO zugestimmt worden sei, obwohl man selbst bereit gewesen sei, bei einigen Anträgen der Koalition mitzugehen. Man werde den Haushalt daher ablehnen.

Abgeordneter Mulch (AfD) bedankt sich bei der Finanzabteilung für die Erstellung des Haushaltsplanes. Wie schon in 2019 müsse der RP wegen der Leistung an die Hessenkasse um Erlaubnis gefragt werden. Dies könne problematisch werden, wenn Liquiditätsüberschüsse abgeschmolzen seien. Er spricht den Stellenzubau von mehr als 20 % an. In der Folge würden Büros und Parkplätze benötigt. Es entwickle sich ein überdimensionierter Verwaltungsapparat, der mit den Geldern der Kommunen errichtet werde. Im Bereich der Digitalisierung, sowie dem Gesundheitswesen seien zusätzliche Stellen notwendig. Weitere Stellen seien ideologisch motiviert und würden nicht gebraucht. Die Korrektur der Kreisumlage durch den Landratsantrag löse die Probleme der Städte und Gemeinden nicht. Zielführend sei, die Kommunen vorher zu ihrer Leistungsfähigkeit zu befragen. Er bemängelt, dass man auf der einen Seite sinnvolle Investitionen blockiere, wie beim Thema Luftfilter und dem Baustopp Schulausbau, aber auf der anderen Seite Gelder aus dem Fenster werfe, wie beim Parkhausbau und Stellenausbau. Schließlich kritisiert er, dass ein Antragspaket des Landrates erst im HFWO vorgelegt worden sei. Der Kreisausschuss sei dabei außen vorgelassen worden. Die Schließung des Impfzentrums sei ein Fehler gewesen, und führe dazu, dass Menschen in langen Schlangen draußen warten müssten. Zum Gesundheitswesen führt er aus, dass die Regierung seit Jahren versäumt habe, zusätzlicher Kapazitäten im Gesundheitswesen zu schaffen.

Abgeordnete Kunz (SPD) stellt voran, dass Anträge auch am Tag der Sitzung noch gestellt werden dürften. Zum Thema Impfen führt sie aus, dass es inzwischen neben mobilen Impfteams wieder Impfabteilungen gebe, bei denen man drinnen warten könne. Sie dankt der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern im Lahn-Dill-Kreis für ihre Stellungnahme. Dass allein der Kreis die Städte und Gemeinden vor eine Herausforderung stelle, sei in Richtung CDU-Fraktion eine „sportliche“ Aussage. In der Kommunalpolitik werde sachlich und engagiert mit vielen Ideen über das „Wie“ gestritten. Hierfür dankt sie dem Kreisausschuss und dem Landrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und insbesondere der Finanzabteilung wegen der Erstellung des Haushaltes. Der Doppelhaushalt biete die Möglichkeit, Investitionen für 2023 frühzeitig anzustoßen. Große Aufgaben seien der Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst, der Digitalpakt Schule und der Pakt für den Nachmittag sowie Schulträgeraufgaben. Sie nennt hierfür Beispiele aus dem Haushaltsplan und insbesondere den Bau der Theodor-Heuss-Schule und der Käthe-Kollwitz-Schule. Der Bau der Goetheschule diene als Maßstab und sei kein Prestigeobjekt. Anregungen der CDU-Fraktion würden dabei beachtet. Sie betont, dass 98 % der Ausgaben des Haushaltes Pflichtaufgaben seien. Neue Aufgaben erforderten neue Stellen, die zu einem Großteil Drittmittel finanziert seien. Ein großer Brocken seien die IT-Stellen. Wegen der Digitalisierung halte sie die Ausweitung aber für sinnvoll und über den Digitalpakt Schule seien Mittel für solche Stellen hinterlegt worden. Schon 2013 sei der Breitbandausbau von Landrat Schuster angestoßen worden. Dies hätte Homeschooling und Homeoffice erst ermöglicht und Ansiedlung von Unternehmen gefördert. Bei den Erzieherinnen und Erziehern könne zukünftig ein Eigenbetrieb sinnvoll sein, wenn der Bedarf steigen sollte. An vielen Grundschulen gebe es aber Betreuungsangebote, organisiert durch Träger und die Grundschule, so dass man derzeit nur unterstütze und vernetze. Die dafür geschaffenen Stellen seien Drittmittel finanziert. Der Landrechnungshof habe bei einer Untersuchung kein Einsparpotential gesehen. Der Personalkostenanteil im Haushalt liege konstant bei ca. 17 %. Eine Effizienzprüfung könne man erwägen. Da der Großteil des Kreispersonals mit der Bewältigung der Pandemie beschäftigt sei, halte sie den Zeitpunkt für schlecht gewählt und die

Kosten seien zu bedenken. Der Personalaufbau in der Abteilung Gesundheit werde durch den Bund finanziert, angestoßen durch Covid-19. Man könne dabei auf einer guten Basis aufbauen. Der Kreis übernehme viele Aufgaben, auch für die Kommunen. Sie nennt die dezentrale Unterbringung Geflüchteter, die der Kreis für die Kommunen organisiert habe. Sie dankt für das Engagement des zuständigen Dezernenten. Mobilität, Klima- oder Hochwasserschutz würden innerorts anfangen und hörten nicht am Grenzstein auf. Es sei daher sinnvoll, dies beim Kreis zu verorten. Zur beantragten Senkung der Kreisumlage sagt sie, dass die Finanzierung nicht geklärt worden sei. Seitens des Landrates seien 1,03 Punkte des Hebesatzes zurückgenommen worden (3,5 Mio. €), weil sich der KFA zwischenzeitlich geändert habe und der coronabedingte Verlustausgleich des ÖPNV geschoben werden konnte. Der Haushalt sei Ausdruck von Prioritäten und man habe viele 10.000 € Pakete gegeneinander abgewogen. Dabei wolle man nichts vermischen und die Aufgabe vor Ort lassen, wo es sinnvoll sei (Beispiel Chorgesang). Geschichte werde besser begriffen, wenn man die Spuren sehe. Es handele sich bei Gedenkfahrten aber nicht um Schulträgeraufgaben. Insgesamt sei sie der Ansicht, dass man andere Aktivitäten von Vereinen und Organisationen übersehe, wenn man nur eine Einzelförderung aufnehme. Zur beantragten Förderung von Belly & Soul sowie Pflegefamilien sagt sie, dass Mittel bereits da seien, um kurzfristig zu helfen. Der Lahn-Dill-Kreis verfüge außerdem über Familienklassen und –zentren, bei denen viele Kinder und ihre Eltern unterstützt würden. Schlüssel für viele breit aufgestellt Angebote bis ins Berufsleben hinein sei das Bildungsmanagement, das man nicht abschaffen wolle. Hierüber würden fehlende Angebote evaluiert und Weiterbildungswillige mit passenden Angeboten zusammengebracht. Insgesamt sei der Haushalt zukunftsgerichtet und eine Verteilung von Prioritäten über den gesamten Kreis.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) merkt an, dass es keine Aussagen zur Gegenfinanzierung der Haushaltsanträge der CDU-Fraktion gebe. Er fragt, wie die Summen, die verteilt werden sollten, ausgewürfelt würden. Die beantragten Trinkwasserspender halte er nicht für notwendig, da er davon ausgehe, dass in der Verwaltung auf Nachfrage Wasser ausgebe. Zudem seien sich nicht nachhaltig. Die Anträge, die er alle nicht für notwendig halte, würden insgesamt ein Loch von 9 Mio. € in die Kasse reißen.

Abgeordneter Ludwig (FWG) ist der Auffassung, dass ein Doppelhaushalt Sinn mache, da Investitionen für 2023 rechtzeitig auf den Weg gebracht werden könnten. Der Lahn-Dill-Kreis habe die Herausforderung angenommen. Er dankt denjenigen, die einen Beitrag dazu geleistet hätten, wie z. B. im Gesundheitsamt, den Kliniken, dem Impfzentrum, den mobilen Impfteams, den Pflegeheimen und Arztpraxen. Er begrüße die dringend notwendige Ausrichtung des Gesundheitswesens und Aufstockung von Stellen in diesem Bereich. In der Digitalisierung sei der Kreis gut aufgestellt gewesen, als man Homeschooling für alle Schulen habe anbieten müssen. Eine ausreichende Personalausstattung in diesem Bereich ermögliche es, dass die neuen Medien wirksam würden. Seit Jahren investiere der Kreis große Summen in den Ausbau der Schulen. Er nennt den mustergültigen Neubau der Goetheschule. Auch bei der Theodor-Heuss-Schule befinde man sich auf einem guten Weg und für die Käthe-Kollwitz-Schule werde man ebenfalls eine gute Lösung finden. Bei der Grundschule in Manderbach sei nun zunächst die Stadt Dillenburg gefordert, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Für die Umsetzung der Nachmittagsbetreuung fehlten noch Räumlichkeiten und Betreuungsfragen seien zu lösen. Die Gründung eines Eigenbetriebes halte er jedoch nicht für sinnvoll. Auch für den Klimaschutz gebe es gute Vorschläge unter Berücksichtigung der Zuständigkeit der Kommunen. Die Städte und Gemeinden mahnten zurecht einen maßvollen Umgang des Kreises mit Geld an. Der Kreis tue dies auch. Gegenüber den ursprünglichen Annahmen könne man nun eine geringere Kreisumlage festsetzen. Zum Stellenplan führt er aus, dass die Anforderungen bewältigt werden müssten. Seine Fraktion fordere seit langem externe Organisationsuntersuchungen, die auch in Angriff genommen worden seien. Im Ergebnis sei meistens festgestellt worden, dass zu wenig Personal vorhanden sei. Der Landesrechnungshof habe ebenfalls festgestellt, dass der Kreis im Vergleich personell gut aufgestellt sei. Er rechne mit große Kosten für eine Untersuchung, die er grundsätzlich jedoch befürworte. Den Zeitpunkt halte er jedoch nicht für günstig. Aufwendungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

befürworte er, da die Betroffenen durch die Pandemie unter sozialen Druck geraten seien, so dass Ansprechpartner und unterstützende Maßnahmen gebraucht würden. Zum Thema Luftfilter teile er die Auffassung des Bundesumweltamtes, dass diese in Räumen, die gelüftet werden könnten, überflüssig seien. Stattdessen sei man für den Einbau stationärer Raumluftfilteranlagen oder CO₂ gesteuerten Abluftventilatoren. Er dankt allen, die an der Erstellung des Haushaltsplanes beteiligt gewesen seien.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) führt aus, dass viele Anträge immer wieder unverändert gestellt würden und aus der Mottenkiste stammten. Sie empört sich über den Antrag der CDU im HFWO zur Vertagung der Haushaltsdebatte, weil der Änderungsantrag des Landrats zu spät eingegangen sei. Kurzfristige Änderungsanträge des Landrates mit dem Ziel der Aktualisierung von Zahlen und zur Senkung der Kreisumlage seien üblich und zulässig. Die CDU-Anträge zum Haushalt würden diesen um 8 Mio. € belasten. Damit bekäme der Kreis keine Haushaltsgenehmigung. Der Kreis sei am Limit, da Pflichtaufgaben und Kosten steigen würden. Gelder, die von Bund und Land zur Verfügung gestellt würden, reichten nicht, so dass Aufgaben mit Sonderprogrammen wie dem Schutzschirm und der Hessenkasse gestemmt werden müssten. Städte und Gemeinden hätten mit der Erhöhung ihrer Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer inzwischen eine Schmerzgrenze erreicht und befänden sich ebenfalls an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, insbesondere durch die Kosten der Kindertagesstätten. Die Stellungnahme müsse man daher ernst nehmen. Sie verliest die Ausführungen zur Infrastruktur auf Seite 15 des Haushaltsplanes. Schienen, Fahrrad- und Wanderwege würden fehlen, was sie kritisiert. Positiv sei, dass das in Auftrag gegebene Radwegkonzept zu Beginn des Jahres in den Fachausschüssen vorgestellt werde. Im Vorbericht vermisse sie Ausführungen zur Herausforderung durch die Klimakrise. Die freiwilligen Leistungen seien durch die Aufsichtsbehörde auf 2 Mio. € begrenzt worden und würden erstmalig überschritten. Maßgeblich für die Überschreitung seien die Bereiche der erneuerbaren Energien und Klimaschutz sowie Mobilitätsmanagement. In der Stellungnahme der Kommunen heiße es dazu, dass dies nicht zu Lasten der Städte und Gemeinden gehen dürfe, wenn der Mehrwert für die Kommunen nicht klar und eindeutig messbar sei. Sie weist darauf hin, dass die Städte und Gemeinden durch die Beratung des Klimaschutzmanagers Dorsten in den letzten Jahren Geld gespart hätten. Der Kreis erledige diese Aufgaben mit und nicht für die Kommunen. Sie bemängelt, dass beim Klimaschutz nur die Kosten und keine Erträge, wie z. B. Energieersparnis, aufgeführt würden. Die Aufgabe Klimaschutz sei für sie zudem nicht dem freiwilligen Ausgabenspektrum zuzuordnen, da Klimaschutz existentielle Notwendigkeit sei. Zu den Stellenausweitungen hätten sich für sie viele Fragen ergeben, die zufriedenstellend beantwortet worden seien. Fragen hätten sich auch zu den deutlichen Mehrkosten (ca. 10 Mio. €) für den Neubau der Käthe-Kollwitz-Schule ergeben. Diese seien mit aufwendigen Entwässerungsarbeiten, neuen Raumkonzepten, neuen Schulzweigen und einem Puffer für Kostensteigerungen begründet worden. Sie halte diesen Mehrbedarf für zu hoch und außerdem nicht für ein gutes Signal an die Kommunen oder die Schulleitung. Sie dankt der Finanzabteilung für die Aufstellung des Haushaltes und der Verwaltung insgesamt.

An dieser Stelle übernimmt die **Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU)** den Vorsitz.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) sieht in einer Verstärkung der Abteilung Gesundheit eine Notwendigkeit in einer Pandemie. Gleiches gelte für die Digitalisierung. In diesem Bereich habe man schon vor der Pandemie gut dagestanden. Zusammen mit steigenden Preisen im Bauhandwerk und einer steigenden Inflation führe dies zu den Kostensteigerungen von rund 6,8 % (von 2021 auf 2022) und weiteren 2,3 % bis 2023. Eigentlich stehe man wegen des Inflationsausgleiches hinsichtlich der Kaufkraft zum Ende des Doppelhaushaltes dort, wo man am Anfang stehe. Lockdowns, Grenzschließungen und Probleme mit Lieferketten hätten wirtschaftliche Folgen, besonders in einer stark von der Industrialisierung geprägten Region. Er lobt die Unterstützung des Landes, die jedoch auslaufe. Selbst die Einnahmesteigerung blieben hinter der erwarteten Inflation zurück. Eine Anhebung der Kreisumlage sei daher insgesamt unabwendbar. Eine Notwendigkeit für die

geforderte Organisationsuntersuchung sehe er nicht, da die damit unterstellte mangelnde Effizienz vom Landesrechnungshof nicht festgestellt worden sei. In einer Pandemie sollten zudem keine externen Berater in die Verwaltung geholt werden. Hinsichtlich der Erhöhung der Kreisumlage liege man unter der Zielmarke von 53%. Dies sei auch ein Ergebnis guter Haushaltsführung in den letzten Jahren, so dass man auf ein finanzielles Polster zurückgreifen könne, was man nun zur Senkung der Kreisumlage einsetze. Man investiere über den Haushalt in die Infrastruktur und schaffe Werte für die Zukunft. Außerdem investiere man 36 Mio. in Schulen (2022) und damit in Bildung. Weiter investiere man in Digitalisierung, um die angeschafften Geräte in den Schulen sinnvoll nutzen zu können. Als Daueraufgabe sei es sinnvoll, dies extern zu vergeben. Mit Unterstützung von Bund und Land werde man mehr als 10.000 Unternehmen an das Gigabit Netz anschließen. Mehr als 8 Mio. € stünden für die Kreisstraßen zur Verfügung.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) ruft wegen aufkommender Zwischenrufe zur Mäßigung auf allen Ebenen auf.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) fährt fort, dass es im Sozialausschuss keinen Widerspruch der Opposition gegen die 19 zusätzlichen Stellen im Gesundheitswesen gegeben habe, während an anderer Stelle ausgesagt werde, dass man dagegen sei. Im Sozialausschuss habe die CDU-Fraktion dem Haushalt sogar zugestimmt. Er merkt an, dass die Stellen vom Bund gefördert würden. **(Anmerkung zum Protokoll:** Die Abgeordneten der CDU-Fraktion haben bei der Abstimmung über den Haushalt im Sozialausschuss nicht zugestimmt, sondern sich enthalten).

Abgeordneter Berns (FDP) wendet sich gegen Zwischenrufe, die herabsetzend gewesen seien. **Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU)** schlägt vor, zunächst das Abstimmungsverhalten zu klären und den Einwand anschließend zu klären.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) führt aus, dass die Anträge der CDU-Fraktion ein Volumen von 2 Mio. € hätten. Dennoch werde beantragt, dass die Kreisumlage gesenkt werde. Dies halte er nicht für seriös. Wenn man etwas verspreche, müsse man die Rechnung dafür bezahlen. Er bedankt sich beim Landrat und der Verwaltung für das Aufstellen des Haushaltsplanes.

An dieser Stelle übernimmt der **Kreistagsvorsitzende Volkmann (CDU)** den Vorsitz. Er unterbricht die Sitzung für eine Mittagspause.

Nach Aufnahme der Sitzung unterbricht der **Kreistagsvorsitzende Volkmann (CDU)** die Sitzung für weitere 5 Minuten für eine Zusammenkunft des Ältestenrates auf Antrag der FDP-Fraktion.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) teilt im Anschluss mit, dass zwischenzeitlich klargestellt worden sei, dass die CDU-Fraktion im Sozialausschuss dem Haushalt nicht zugestimmt habe. Er habe in diesem Zusammenhang ein Wort verwendet, dass er nicht mehr verwenden werde. Er greift auf, dass man sich gemeinsam über die Finanzen Gedanken machen müsse, denn es sei davon auszugehen, dass es nicht mehr Gelder für die Kommunen geben werde. In diesem Zusammenhang müsse auch über freiwillige Leistungen nachgedacht werden, wozu u. a. der Klimaschutz gehöre, denn diese Leistungen würden von den Städten und Gemeinden des Kreises refinanziert. Zum Vorwurf, man würde Anträge stellen, ohne einen Finanzierungsvorschlag zu machen, sagt er, dass der Landrat selbst einen Antrag mit einem Kostenvolumen von 3,5 Mio. € ohne Finanzierungsvorschlag stelle. Die Ausgaben würden damit begründet, dass man es sich wegen wachsender Einnahmen leisten könne. Gleiches müsse für die Finanzierung der eigenen Anträge gelten. Die seitens des Landrates beantragte Senkung der Kreisumlage sei erfolgt, da die Bürgermeisterin und die Bürgermeister politischen Druck ausgeübt hätten. Dies reiche seiner Fraktion jedoch nicht, wobei man keine Senkung fordere, sondern einen Anstieg verhindern wolle. Den Kommunen solle nicht noch mehr weggenommen werden. Anhand des Beispiels der Grundschule am Brunnen in Dillenburg Frohnhausen verdeutlicht er, dass Anträge seiner Fraktion

reflexartig abgelehnt würden, obwohl sie sich rückblickend als sinnvoll herausstellten. Auch beim Schulzentrum hätten Gespräche mit seiner Fraktion zu einer Konzeptänderung geführt, was belege, dass Anträge nicht gestellt würden, um jedem etwas zu geben. Anträge resultierten vielmehr daraus, dass man mit den Leuten rede. Er gesteht ein, dass viele Aufgaben des Kreises Pflichtaufgaben seien. Man könne jedoch darüber reden, wie Aufgaben erledigt würden, wozu die angeregten Untersuchungen dienten. Er gehe auch davon aus, dass nicht jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter wegen der Pandemie hoch belastet sei und Effizienz Untersuchungen seien eine Daueraufgabe. Er wirft vor, dass beim Kreis zu wenig gespart werde. Man habe nicht konsolidiert. Gleichzeitig fresse allein der Bereich der Kindertagesstätten wegen des hohen Personalaufwandes die Finanzen der Städte und Gemeinden auf. Im Gesundheitswesen halte er den Personalaufbau für erforderlich. Dennoch müsse überlegt werden, wie man diese Ausweitung mit einem Saldo von 0 durchführen könne. Die Schaffung neuer Aufgaben im Bereich des Klimaschutzes stelle eine Weiterentwicklung des Haushaltes gegenüber früheren Haushalten dar. Darüber hinaus sehe er keinen Zukunftsplan. Bevor man Personal wegen der Anwendung von Tablets einstelle, müsse überlegt werden, ob das System richtig sei und ob die Einrichtung einer externen Serviceeinheit in Form einer Eigengesellschaft besser sei. Dieser Service könne möglicherweise auch von den Städten und Gemeinden in Anspruch genommen werden. Zur Bemerkung des Abgeordneten Mulch (AfD) dass der Umgang mit Ungeimpften an das Mittelalter erinnere, wo die Scheiterhaufen gebrannt hätten, sagt er, dass Demokratie nicht so funktioniere, dass die Mehrheit das zu tun habe, was eine Mindermeinung fordere. Die Aussage sei zudem eine Missachtung der Schicksale der Menschen, die schwer an Corona erkrankt seien. Den Antrag auf Gewährung einer Corona-Prämie habe man kurzfristig gestellt, da man mit Pflegerinnen und Pflegern sowie mit Ärztinnen und Ärzten dieser Einrichtungen gesprochen habe. Sie arbeiteten seit 2 Jahren am Rande des Erträglichen und müssten viele Menschen sterben sehen. Man solle auf diese Weise als Kreis ein Zeichen der Wertschätzung setzen.

Landrat Schuster (SPD) bedankt sich beim Vorredner für dessen Ansprache. Zum vorgeschlagenen Eigenbetrieb im IT-Bereich sagt er, dass die Abteilung 34 bereits aus eigenem Antrieb das Schulportal I-Serv installiert habe, was dazu geführt habe, dass man das digitale Lernen schnell habe umsetzen können. Er wolle die Anwendung und den IT-Support nicht trennen. Wenn man einen Eigenbetrieb einrichte, der auch als Dienstleister für Städte und Gemeinden fungiere, könne dies zudem umsatzsteuerpflichtig sein (19 % nach dem Umsatzsteuergesetz), was nicht zu erwirtschaften sei. Man prüfe diese Alternative jedoch. Auch einer Organisationsuntersuchung wolle er sich nicht entgegenstellen. Bei den 3 Untersuchungen, die in seiner Amtszeit durchgeführt worden seien, habe man in der Regel aber einen höheren Personalbedarf festgestellt. Er würde eine externe Untersuchung bevorzugen. Er lehne es jedoch ab, dies mit der Erstellung eines Haushaltsplanes zu verbinden.

Abgeordneter Mulch (AfD) geht auf den Vorwurf des Abgeordneten Müller (CDU) ein und teilt mit, dass er kein Impfgegner sei und die Gefährlichkeit des Corona-Virus nicht in Abrede stelle. Er sei aber erschrocken über den Umgang mit Andersdenkenden und verweist auf den Schutz von Minderheiten.

Vorsitzender Volkmann (CDU) erklärt, dass es sich offensichtlich nicht um eine Rede zur Sache handele. Da es sich jedoch um den letzten Wortbeitrag zur Generaldebatte handele, räume er die Möglichkeit für eine persönliche Erklärung nach § 16 GO ein, für die eine Redezeitbegrenzung von 3 Minuten gelte.

Abgeordneter Mulch (AfD) fährt fort und führt als Beispiel die in Schleswig-Holstein geforderte Isolation Ungeimpfter an.

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt die Generaldebatte und geht zur Beratung und Abstimmung der einzelnen Änderungsanträge laut anliegender Änderungsliste über. Er ruft zunächst den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussfassung über das Haushaltsjahr 2023 nach der Sommerpause 2022 (22) auf, da dieser der Weitestgehende sei und bei Annahme Einfluss auf die weiteren Abstimmungen habe.

Abgeordneter Knies (DIE LINKE) bedankt sich beim Abteilungsleiter Koob für die Erläuterung des Haushaltsplanes in der Fraktionssitzung. Doppelhaushalte sollten die Ausnahme sein und nicht die Regel. Die Auswirkungen der Pandemie, die Transferleistungen für Hilfesuchende und zu erwartende Preissteigerungen machten es schwer, den Zeitraum bis 2023 abzuschätzen.

Abgeordneter Irmer (CDU) erinnert, dass dieses Anliegen in den letzten Jahren ebenfalls von seiner Fraktion hervorgebracht worden sei. Er halte jährliche Haushaltspläne für flexibler. Dennoch mache der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn mehr, da man in den Planungen schon weit fortgeschritten sei.

Landrat Schuster (SPD) rechnet damit, dass man für 2023 einen Nachtrag einbringen werde. Ein Doppelhaushalt biete mehr Planungssicherheit bei den Investitionen und früheren Handlungsvollzug in 2023. Er bietet eine gesonderte Evaluierung über den Nutzen eines Doppelhaushaltes im HFWO an.

Abgeordneter Mulch (AfD) hält die Erstellung einer zuverlässigen Prognose über einen Zeitraum von 2 Jahren für schwieriger als über einen Zeitraum von 1 Jahr. Hinzu komme, dass es man aktuell keine normalen Zeiten habe. Debatten über die Anwendung von Anträgen nach § 100 HGO seien die Folge. Außerdem führten Doppelhaushalte dazu, dass Mitwirkungsrechte des Kreistages eingeschränkt würden.

Abgeordnete Kunz (SPD) verweist auf die Möglichkeit von Nachtragshaushalten und Anträgen nach § 100 HGO. Dabei könne man jederzeit mitwirken und sich mit Anträgen einbringen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja-Stimmen: 10 (6 AfD, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)
Nein-Stimmen: 64 (22 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP)
Enthaltungen: 0

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Egler (SPD) übernimmt die Sitzungsleitung.

Trinkwasserspender für Mitarbeiter und Besucher in LDK-Liegenschaften, Antrag der CDU-Fraktion (1)

Abgeordneter Volkmann (CDU) berichtet von einer Studie der Techniker-Krankenkasse wonach 50 % aller Beschäftigten in Deutschland an Dehydrierung am Arbeitsplatz leiden, da sie zu wenig trinken würden. Ihm seien keine Fakten geläufig, die Grund zur Annahme liefern, dass es im Lahn-Dill-Kreis anders wäre. In der Kreisverwaltung und ihren Eigenbetrieben gebe es viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Wechsel drinnen und draußen arbeiteten. Man verzeichne wärmer werdende Sommer mit steigenden Innentemperaturen. Die Nutzung von Einweg- und Mehrwegflaschen sei zudem ökologisch nicht sinnvoll. Daher wolle man sich verantwortlich zeigen und auf diese Weise etwas für Mitarbeitergesundheit und eine umweltfreundliche und moderne Kreisverwaltung tun.

Abgeordnete Biermann (B90/Die Grünen) hält es für wichtig, dass allen Menschen ausreichend sauberes Trinkwasser zur Verfügung stehe. Sie kann jedoch dem Antrag über 80.000 €, aufgrund der angespannten Lage des Haushaltes nicht zustimmen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stünde ausreichend Trinkwasser in den Küchen zur Verfügung. Gäste könnten Getränke am Automaten

erwerben. Sie schlägt vor, einen Trinkwasserspender als Pilotprojekt aufzustellen. Außerdem sollte geprüft werden, an welchen Schulen es Trinkwasserspender gebe, ob das Angebot angenommen werde, in welchen Zustand sich die Anlagen befänden und wer die Reinigung und Wartung übernehme, um ein Konzept zu erstellen.

Abgeordneter Panten (CDU) weiß aus Erfahrung, dass Trinkwasserspender gut angenommen würden und zu einer Kostenersparnis von 20 % führten. Außerdem habe man weniger LKWs, die Getränke transportieren müssten, was ökologisch sei. Er empfehle den Abschluss eines Leasingvertrages.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) ist der Ansicht, dass es ausreichend Getränke in der Verwaltung gebe. Empfehlenswert sei außerdem die Verwendung eines Sprudelsystems. Die Spender sehe sie daher als nicht notwendig an.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 23 (22 CDU, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 51 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Vorsitzender Volkmann (SPD) übernimmt die Sitzungsleitung.

Kreisarchiv, Antrag der CDU-Fraktion (2)

Abgeordneter Schönwetter (CDU) freut sich über die Initiative des Landrates, einen Kreisarchivar einstellen zu wollen. Für diese Aufgabe benötige man eine Fachfrau oder Fachmann, die zunächst den Aufbau des Archives im Sinne des Hessischen Archivgesetzes betreiben müsse. Er stellt die weiteren Aufgaben eines Archivars dar. Diese Stellenbeschreibung rechtfertige eine Aufwertung der Stelle von einer geplanten A11 Dotierung nach A13. Dies entspreche den Positionen umliegender Kreis- und Stadtarchive ähnlicher Größe und helfe, eine beruflich qualifizierte und erfahrene Person erfolgreich anzuwerben.

Abgeordnete Kunz (SPD) sieht es als widersprüchlich an, dass eine Fachkraft mit hoher Dotierung gefordert werde, während auf anderer Seite eine Effizienz Prüfung durchgeführt werden solle. Sie sei zuversichtlich, dass mit dem vorgesehenen Ansatz eine gute Fachkraft gefunden werden könne.

Abgeordneter Irmer (CDU) ruft Berichte aus 2015 über ca. 1.000 verschimmelte Akten aus Dillenburg in Erinnerung. 2016 habe der Landrat im Kreistag geäußert, dass ein ähnlich lautender Antrag seiner Fraktion berechtigt sei und eine Stellenausschreibung bereits laufe. In 2017 sei seitens des zuständigen Dezernenten im Bauausschuss erklärt worden, dass ein Auftrag vergeben worden sei, wöchentlich 60 Bauakten von insgesamt 160.000 Akten in Berlin zu scannen. Er erkundigt sich, wie viele Akten zwischenzeitlich gescannt worden seien und sieht dies als Beleg für die Notwendigkeit der Einstellung eines Kreisarchivars. Wenn man Topleute dafür haben wolle, müsse finanziell aufgestockt werden.

Landrat Schuster (SPD) ergänzt, dass die Rede von einem historischen Archiv sei und nicht von der Digitalisierung von Verwaltungsakten, für die man keinen Archivar benötige. Über die Archivierung der Ausländerakten liege ein Angebot im 6-stelligen Bereich vor. Bauakten würden inzwischen teilweise online bearbeitet (50 digitale Bauanträge von insgesamt 2.000). Auf die Stellenausschreibung hin habe man seinerzeit keinen Archivar gefunden. Zwischenzeitlich habe man mit Frau Vetter eine ausgebildete Archivarin, der eine Kraft zur Seite gestellt werden solle, die sich auf das historische Archiv beschränken werde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 25 (22 CDU, 3 DIE LINKE)

Nein-Stimmen: 49 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos)
Enthaltungen: 0

Tierschutzvereine im Lahn-Dill-Kreis, Antrag der CDU-Fraktion, (3)

Abgeordneter Deusing (CDU) führt aus, dass wirtschaftliches Arbeiten bei den Tierschutzvereinen ein Fremdwort sei. Dies liege an unklaren Einnahmen, steigender Kosten im Bereich der Veterinärmedizin und der Unterbringung. Er erwarte, dass zum Ende der Pandemie der Aufwand steigen werde, da viele die zuletzt angeschafften Haustiere wieder zurückgeben oder aufgeben würden.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) lobt den Antrag als sinnvoll, da die Tierschutzvereine an chronischer Unterfinanzierung litten. Es entstünden ihnen hohe Aufwendungen für die Kastration von Katzen. Weiter entfielen in der letzten Zeit Einnahmen aufgrund der Absage von Festen und Aktivitäten.

Abgeordneter Ludwig (FWG) weist darauf hin, dass die Kommunen Vereinbarungen mit den Tierschutzvereinen geschlossen hätten. Es sei deren originäre Aufgabe und solle in deren Zuständigkeit bleiben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 31 (22 CDU, 5 AfD, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 43 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 1 AfD)

Enthaltungen: 0

Eigenbetrieb für die Betreuung an Schulen, Antrag der CDU-Fraktion (4)

Abgeordneter L. Müller (CDU) sieht die Schulbetreuung als eigenständige Aufgabe an, die in einen Eigenbetrieb mit höherer Flexibilität überführt werden könne. In der Sitzung des HFWO am 01.07.2021 hätte die zuständige Abteilungsleiterin Vetter selbst gesagt, dass bis zum 01.01.2022 ein Eigenbetrieb für die kreiseigene Trägerschaft in der Schulbetreuung gegründet werden solle.

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) hält die Idee für gut. Es sei jedoch ein anderer Weg eingeschlagen worden. Verträge seien abgeschlossen worden und man habe im Haushalt 4 Stellen in der Verwaltung für die Trägerschaft an Grundschulen im Haushalt 2022 und 2023 vorgesehen. Wenn sich herausstelle, dass die Trägervereine wegen großer Nachfrage in ihrer Aufgabe überfordert seien, müsse neu überlegt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 22 (22 CDU)

Nein-Stimmen: 46 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

Enthaltungen: 6 AfD

Aufwendungen für Schulfahrten zu Gedenkstätten der deutschen Wiedervereinigung, Antrag der CDU-Fraktion (5) und

Schulfahrten zu Gedenkstätten des deutschen Faschismus, Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 6.12.21, Tischvorlage

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** herrscht Einvernehmen, dass beide Anträge gemeinsam beraten werden.

Abgeordneter F. Steinraths (CDU) trägt vor, dass viele jüngere Menschen die deutsche Wiedervereinigung nicht persönlich erlebt hätten. In der sozialistischen DDR seien Millionen Menschen eingesperrt gewesen und hätten unter der Diktatur der SED gelebt. Der geschichtlichen Vorgänge müsse gedacht werden, damit sie in Erinnerung blieben. Zwar unterstütze die

Landeszentrale für politische Bildung in Hessen Schulfahrten, dies solle aber zur Unterstreichung des Stellenwertes durch ein Programm des Kreises erweitert werden.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) sieht in der friedlichen Revolution eine wichtige Zäsur der deutschen Geschichte und hält eine lebendige Erinnerungskultur für einen zentraler Wert der Demokratie. Mit dem Antrag der eigenen Fraktion wolle man diesen Antrag ausgewogen erweitern und der Kreis solle als Schulträger ein Zeichen setzen.

Abgeordnete Niggemann (AfD) trägt vor, dass Deutschland in der jüngeren Geschichte zwei Diktaturen erlebt habe. In der öffentlichen Wahrnehmung fände die sozialistischen Diktatur der SED jedoch nur wenig Beachtung, obwohl noch viele Opfer lebten und Täter immer noch öffentliche Ämter bekleideten. Dies solle nicht verdrängt werden.

Abgeordneter Böcher (SPD) hält die Erinnerungskultur beider Anträge für wichtig und Schulfahrten z Gedenkstätten würden dazu beitragen. Er plädiere daher dafür, dass das Land genügend Mittel für diese Zwecke zur Verfügung stelle. Wegen der Subsidiarität sei der Kreis dafür jedoch nicht zuständig.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) stellt fest, dass es keine gute und keine schlechte Diktatur gebe und eine Vergleichbarkeit nicht gegeben sei. Die Schulfahrten seien sinnvoll, aber beim Land angesiedelt. Sollte das Land nicht genügend Mittel bereitstellen, könnten im Einzelfall oder über einen Nachtragshaushalt Mittel bereitgestellt werden.

Abgeordneter A. Müller (CDU) hat im Rahmen seiner Arbeit als Lehrer erfahren, dass Antisemitismus auf vielen Ebenen noch stattfindet. Wenn die Pandemie vorbei sei, solle man mit Fahrten zu Gedenkstätten dagegen ankämpfen, dass etwa der Holocaust geleugnet werde.

Abgeordneter Irmer (CDU) führt aus, dass der Kreistag auf Antrag seiner Fraktion beschlossen habe, Schulfahrten zu Gedenkstätten zu unterstützen. Er fragt den Kreisausschuss, was in dieser Hinsicht gemacht worden sei. Diese Fahrten würden zu Recht erheblich vom Land Hessen unterstützt. Die beantragten Fahrten zu Gedenkstätten der deutschen Wiedervereinigung würden jedoch nicht oder nicht ausreichend unterstützt. Er berichtet von persönlichen Erlebnissen mit Schülern, die die Wichtigkeit dieser Fahrten aus pädagogischen Gründen belegten.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) sieht Einigkeit in der Beurteilung der Wichtig- und Richtigkeit dieser Fahrten. Sie würden jedoch vom Land gefördert. Man habe bereits die freiwilligen Leistungen überschritten. Vielleicht könnten die Sparkassenstiftungen um finanzielle Unterstützung gebeten werden.

Abgeordneter Grüger (SPD) widerspricht, dass Fahrten des Landes zu Grenzgedenkstätten nicht finanziert würden und zitiert dazu von der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung, wonach Fahrten von Schülergruppen zu Grenzgedenkstätten wie Point Alpha und Schiffersgrund ganzjährig durch die Landeszentrale gefördert würden. Es handele sich nicht um eine originäre Aufgabe des Kreises.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Antrag (5) der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 31 (22 CDU, 6 AfD, 3 DIE LINKE)

Nein-Stimmen: 40 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 2 FDP)

Enthaltungen: 3 (2 FDP, 1 fraktionslos)

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 3 DIE LINKE

Nein-Stimmen: 70 (22 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 4 FDP)

Enthaltungen: 1 fraktionslos)

Förderung des Chorgesangs, Antrag der CDU-Fraktion, (6)

Abgeordneter Deusing (CDU) zeigt sich dankbar, dass man noch aktive und leistungsstarke Chöre habe. Mitglieder gingen verloren, da neben den Mitgliedsbeiträgen noch Sonderbeiträge für die Beschäftigung von Chorleitern aufzubringen seien. Diejenigen Vereine, die noch aktiv seien, müssten gefördert werden.

Abgeordneter Hartert (SPD) hält die Förderung grundsätzlich für eine gute Sache, da die Chorarbeit eine exzellente Kulturarbeit im Vereinsleben des Lahn-Dill-Kreises darstelle. Die Chöre erhielten aber bereits Unterstützung der jeweiligen Stadt oder Gemeinde und vom Solmser Sängerbund. Schwierig sei es vielmehr, Sänger zu halten oder anzuwerben, so dass er für die Mitgliedschaft in einem Chor werbe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 29 (22 CDU, 6 AfD, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 45 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Streichung der Stellen Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring, Antrag der CDU-Fraktion (7)

Abgeordneter Böcher (SPD) verdeutlicht, dass es nicht nur um Statistik gehe. Vielmehr würde jede Kommune unterstützt und analysiert. In Kompetenzteams würden Handlungsempfehlungen für die Kommunen entwickelt und dort in den Gremien vorgestellt. Gerade jetzt sei es wichtig, die Auswirkungen der Pandemie auf den Bildungsbereich zu analysieren und Handlungen daraus abzuleiten.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) spricht die Diskussion über die Finanzierung der Stellen in 2015 an. Der Kreisausschuss habe zugesagt, dass man sich um Anschlussfinanzierung als Drittfinanzierung bemühen werde. Die Berichte würden geschätzt, aber es gehe jetzt darum, wie man eine Finanzierung hinterlege und dauerhaft für die Zukunft entwickle, wie es versprochen worden sei.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 28 (22 CDU, 6 AfD)

Nein-Stimmen: 46 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

Enthaltungen: 0

Zuschuss Integrationslotsen, Antrag der CDU-Fraktion (8)

Abgeordnete Sommer (CDU) erläutert, dass es um die Ausbildung der Integrationslotsen gehe. Sie würden aktiv, wenn Flüchtlinge aus den Gemeinschaftsunterkünften in ihre eigene Wohnung ziehen würden und erhielten dafür vom Malteser Hilfsdienst einen Vorbereitungskurs, Schulungen und Infoveranstaltungen sowie Versicherungsschutz für ihren Einsatz. Der Malteser Hilfsdienst habe in 2021 rund 402.000 € aus eigenen Mitteln dafür aufgebracht. Finanzielle Hilfe sei geboten, da Förderungen weggebrochen seien.

Abgeordnete Kunz (SPD) hält das Integrationslotsenprojekt für sehr wichtig und der Malteser Hilfsdienst leiste großartige Arbeit. Es solle aber nicht nur um den einen gehen, sondern um die vielen. Sie schlägt vor, dies in einer der Sitzungen des Sozialausschusses zu besprechen.

Abgeordneter Irmer (CDU) schlägt vor, ein Signal zu setzen und den Antrag zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen, für den Fall, dass die Diskussion im Sozialausschuss ergebe, dass keine Förderung benötigt werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) unterbricht die Sitzung auf Antrag der **Abgeordneten Kunz (SPD)** für 5 Minuten.

Abgeordnete Kunz (SPD) teilt mit, dass man im Sozialausschuss dargestellt habe, dass es Gelder gebe, die über den WIR-Beirat oder das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) abgerufen werden könnten. Es gebe somit Möglichkeiten für Fördergelder außerhalb des Kreises, auf die seitens des Kreisausschusses hingewiesen worden sei. Daher lehne man das Angebot, die Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen, ab.

Abgeordneter Panten (CDU) führt aus, dass man mit den Menschen rede, während andere in irgendwelchen Zockerbuden hängen und nicht mit der Welt sprechen würden.

Abgeordnete Dr. Rinn (B90/Die Grünen) hält diese Aussage für eine Unterstellung, die nicht zutreffe.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) möchte unterscheiden zwischen schutzbedürftigen Flüchtlingen, die man aufnehmen und integrieren müsse, und anderen Flüchtlingen. Hier werde aber alles subsumiert, statt zu unterscheiden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 22 CDU

Nein-Stimmen: 49 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 1 fraktionslos)

Enthaltungen: 3 DIE LINKE

Remigrationsbeauftragter, Antrag der AfD-Fraktion (23)

Abgeordneter Mulch (AfD) plädiert dafür, die begrenzten Mittel im Bereich der Migration denjenigen zur Verfügung zu stellen, die ein Recht darauf hätten, dauerhaft zu bleiben. Ein Remigrationsbeauftragter solle diese Menschen beraten und zu einer freiwilligen Ausreise bewegen. Eine zwangsweise Ausweisung werde auf diese Weise vermieden. Der Beauftragte solle dann die Arbeit des Rückkehrberaters, der auf Ebene des Regierungspräsidiums bereits eingesetzt sei, unterstützen.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) stellt fest, dass es Rückkehrberater bereits gebe. Der Antrag sei nur gestellt worden, um Leute möglichst aus dem Land heraus zu bekommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 7 (6 AfD, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 67 (22 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Vielfaltszentrum, Antrag der CDU-Fraktion (9)

Der Abgeordnete Bender (CDU) verlässt den Raum wegen widerstreitender Interessen.

Abgeordneter Irmer (CDU) verzichtet wegen der fortgeschrittenen Zeit auf eine Begründung und kündigt einen Sachantrag an.

Abgeordnete Niggemann (AfD) führt an, dass aktuelle Ereignisse befürchten ließen, dass öffentliche Gelder für das Vielfaltszentrum für eine Propagandaveranstaltung der Partei B90/Die Grünen verwendet worden seien.

Abgeordnete Green (B90/Die Grünen) teilt mit, dass das Vielfaltszentrum des Kreises auf die Weiterführung des WIR-Programms Vielfalt und Teilhabe des Landes Hessen zurückgehe. Das Land Hessen habe für dieses neue Programm Mittel bereitgestellt und der Kreis im Bereich Personal und Öffentlichkeitsarbeit bezuschusse es. Alle Fraktionen hätten die Möglichkeit, das Vielfaltszentrum in seiner Arbeit zu begleiten. Es habe sich bereits im WIR-Beirat vorgestellt, wo alle Fraktionen vertreten seien.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 29 (22 CDU, 6 AfD, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 45 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Verfügungsfonds für Pflegefamilien, Antrag der CDU-Fraktion (10)

Abgeordnete Lenzer (CDU) trägt vor, dass 220 Kinder 2018 in Pflegefamilien lebten und 330 in Heimen. Die Unterbringung in Pflegefamilien halte sie für intensiver und lebenswirklicher. Dies könne besser gelingen, wenn sie bei außergewöhnlichen finanziellen Aufgaben unbürokratisch seitens der Fachstellen unterstützt werden könnten. Sie nennt als Beispiel Zuschüsse für den Nachhilfeunterricht, für Fahrtkosten, für Therapien bei Entwicklungsverzögerungen oder für therapeutische Unterstützung der Pflegeeltern. Der Fonds könne auch Unterstützung auf dem Weg in die Selbstständigkeit eines Pflegekindes bieten, ähnlich wie die Verselbstständigungspauschale bei Heimkindern.

Abgeordnete Beimborn (SPD) trägt vor, dass die Zahlen aus 2018 stammten. Die aktuelle Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses besage, dass dort kein Bedarf bestehe, da ausreichend finanzielle Unterstützung für die Pflegefamilie vorhanden sei und genutzt werde. Die aufgeführten Bedarfe würden als Ziele im Hilfeplan formuliert. Dieser werde inzwischen halbjährlich neu erstellt und bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit diesen abgestimmt. Darüber hinaus könne diese Unterstützung auch in aktuellen Krisen abgerufen werden. Sie schlägt vor, die Thematik im Jugendhilfeausschuss zu behandeln.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) teilt mit, dass die Abteilung Kinder- und Jugendhilfe für 2022 und 2023 jeweils 3.300.000 € für die Aufwendungen im Bereich der Versorgung von Pflegekindern vorgesehen habe. Die Einrichtung eines Verfügungsfonds werde nicht zu einer flexibleren Unterstützung führen, da die vorhandenen Mittel nach Einschätzung der Fachabteilung ausreichen. Außerdem gebe es nach den Regelungen im SGB XIII (Sozialgesetzbuch 8. Teil) die Möglichkeit zur Zahlung von einmaligen Beihilfen und Zuschüssen.

Abgeordnete Petersen (CDU) merkt an, dass es Situationen gebe, in denen man kurzfristig Hilfe und Unterstützung benötige, wenn z. B. ausgefallene Geräte neu beschafft werden müssten. Wenn die Gelder da seien, könne der Fonds wieder aufgefüllt werden. Sie freut sich darüber, dass die Thematik kurzfristig im Jugendhilfeausschuss beraten werde.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) erwartet eine Rücknahme der Bemerkung von Landrat Schuster, er werde klatschen, wenn der Abgeordnete Irmer seine letzte Rede halte. **Landrat Schuster (SPD)** entschuldigt sich. Es sei ein misslungener Scherz gewesen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) weist auf die fortgeschrittene Sitzungszeit hin. Es sei schwer, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die Arbeitsweise im Kreistag funktioniere, wenn es nicht gelinge, die vorliegenden Anträge in angemessener Zeit abzuhandeln. Er bitte jeden Redner zu reflektieren, ob die Wortbeiträge wirklich die Debatte weiterbringen würden.

Abgeordneter Mulch (AfD) beantragt die Schließung der Rednerliste. Dies sei bei Haushaltsanträgen laut Geschäftsordnung nicht möglich, entgegnet **Vorsitzender Volkmann (CDU)**.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 26 (22 CDU, 4 AfD)

Nein-Stimmen: 44 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 AfD)

Enthaltungen: 4 (3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

Verein „Belly & Soul“, Antrag der CDU-Fraktion (11)

Abgeordnete Sommer (CDU) teilt mit, dass sich der Verein nicht nur um ungewollt schwangere Frauen kümmere, sondern auch um die Paare und deren Familien. Die Beratung und Begleitung, auch nach einer Abtreibung, sei vertraulich, kostenlos und unabhängig von Nationalität und Religion. Er finanziere sich über Geld- und Sachspenden in Form einer Kleiderkammer. 5 freie Träger von Beratungseinrichtungen würden bereits kreisseitig unterstützt. Davon hätten 2 allerdings den Sitz in Gießen. Sie empfehle daher, auch die bestehende Rahmenvereinbarung aus 2005 zu überarbeiten, um neuen Beratungsstellen im Lahn-Dill-Kreis die Möglichkeit zu geben, eingebunden und finanziell gefördert zu werden. In der Zwischenzeit solle der Verein Zuschüsse erhalten.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) erinnert daran, dass der Verein kürzlich seinen früheren Namen „Kaleb“ geändert habe. Frauen sollen durch die Hilfe von Beratungsstellen selbstbestimmt eine Entscheidung treffen können. Die Beraterinnen des Vereins Kaleb, der zu einer Lebensschutzbewegung gehöre, nutzten jedoch ihre Ideologie aus. Frauen fühlten sich dort unter Druck gesetzt, ihre Schwangerschaft fortzusetzen. Etwa werde über das Postabortingsyndrom aufgeklärt, dass wissenschaftlich nie bestätigt worden sei.

Abgeordneter Irmer (CDU) fragt, ob bekannt sei, dass sich der Verein Belly & Soul aus einem Teil dieser Gründe umbenannt habe, um damit nicht mehr identifiziert zu werden.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) antwortet, dass sie darauf noch eingehen werde und fährt fort, dass der Name des Vereins an anderer Stelle immer noch vorkomme. Daher solle der Verein nicht mit öffentlichen Geldern unterstützt werden.

Abgeordneter Bellinghausen in wörtlicher Wiedergabe: „Die Frau Ohnacker hat ja letztendlich auf die Umbenennung rekurriert. Ich komme da gleich noch zu. Zunächst mal unsere Stellung zu dem Thema Abtreibung. Die AfD ist auf Bundesebene die einzige Partei, die sich in dieser Klarheit für den Schutz ungeborenen Lebens ausspricht. Diese Klarheit lässt die Bundes-CDU leider in ihrem Wahlprogramm vermissen. Sie schweigt hierzu. Allerdings dankenswerterweise ist die Irmer-CDU, also sprich unsere Kreis-CDU, die hat da ein klareres Profil, auch durch so`n Antrag, den wir vom Grundsatz her unterstützen würden. Ich sage Ihnen trotzdem, ja Sie können gleich doch selbst hier ans Rednerpult gehen, Herr Dr. Büger. Ja ok, dann tun Sie bitte die Zwischenrufe unterlassen. Alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien bekennen sich klar zur Tötung Ungeborener im Mutterleib. Sie nennen kostenlose Kindstötung, wie jetzt im Koalitionsvertrag nachzulesen ist, in ihrer moralischen Verblendung euphemistisch, verlässliche Gesundheitsversorgung. Die SPD, die Grünen und die FDP, hier in diesem Raum sitzen ja das sind ja die Koalitionäre im Bund, ja. DIE LINKEN und Die PARTEI die sind glücklicherweise auf der Oppositionsbank, die werden sicher in ihren kruden Phantasien ähnliche Programme in der Schublade haben. Dem stehen wir ganz klar und wie gesagt mittlerweile auf Bundesebene als einzige Partei durch klare Aussagen entgegen. Dies alles lässt in der Vorweihnachtszeit Assoziationen, Herr Dr. Büger, hören Sie genau zu, dies lässt Assoziationen zum Kindermord von vor 2.000 Jahren aufkommen. Und schlimmer noch, gerade wir Deutschen sollten erkennen, dass die Tötung Ungeborener durchaus zu den größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte in Bezug gesetzt werden kann. Und zwar nicht nur im Hinblick auf die Anzahl der Opfer. Der Kampfbegriff, mein Bauch gehört mir, ist bei genauerer

Betrachtung der Gipfel des Egoismus. Es ist eine pathologische Verfallsform von Sitte und Moral und nicht zuletzt von Verantwortung. Es ist somit die komplette Negation christlicher Achtung vor der Unverletzlichkeit des Lebens. Es geht mit Nichten nur um den eigenen Bauch. Es geht immer auch um die brutale Tötung wehrlosen Lebens. Das müssen Sie sich einfach merken. Es ist also der ultimative Kontrapunkt zu Artikel 1 Grundgesetz (GG), für das betroffene Ungeborene auch der finale Kontrapunkt. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies gilt insbesondere für das schwächste und damit schützenswerteste Wesen, nämlich das Ungeborene.“

Vorsitzender Volkmann (CDU) fordert den Abgeordneten Bellinghausen auf, zur Sache zu sprechen. Es gehe um Vereinsförderung.

Abgeordneter Bellinghausen in wörtlicher Wiedergabe: „Ja ich komme gleich dazu. Sie sehen aber aufgrund der kontroversen Zwischenrufe, ich denk mal, hier ist einiges an Aufklärungsbedarf notwendig. Es kann nur als bittere Ironie bezeichnet werden, dass der Inbegriff von Geborgenheit, nämlich der Mutterleib, mittlerweile zum unsichersten Ort im Leben eines Menschen geworden ist. Welche moralische Schande müssen wir hier konstatieren. Es ist geradezu grotesk.“

Vorsitzender Volkmann (CDU) wiederholt seine Aufforderung, zur Sache zu sprechen, nämlich zur Frage der Förderung des Vereins Belly & Soul und nicht eine Grundsatzdebatte zum Thema Abtreibung zu führen.

Abgeordneter Bellinghausen in wörtlicher Wiedergabe: „Es ist geradezu grotesk, dass im Zusammenhang mit der geplanten Impfpflicht meist von den gleichen Protagonisten die Aussage, mein Körper gehört mir, kategorisch abgelehnt wird, und wieder die Grundrechte, insbesondere wieder Artikel 1 GG –Menschenwürde- und Artikel 2 Abs. 2 -Körperliche Unbedenklichkeit- mit Füßen getreten werden. Jetzt komme ich konkret zu diesem Kaleb. Noch im Sommer diesen Jahres hat sich unsere Fraktion in einer internen Sitzung dafür ausgesprochen, in dieser Haushaltsdebatte einen eigenen Antrag zur Unterstützung des Vereins Kaleb einzubringen. Damals wussten wir noch nicht, dass dieser Verein Kaleb Lahn-Dill e.V. nicht mehr existiert. Erst Ende September mussten wir jedoch durch einen Rundbrief an Freunde und Förderer erfahren, dass sich Kaleb Lahn-Dill e. V. in Belly & Soul e. V. unbenannt und somit von Kaleb e. V. gelöst hat. In diesem Rundbrief hat der Vorstand von Belly & Soul e. V. in teilweiser ehrverletzender, teils unwahrer Form gegen die AfD polemisiert. Hier wird offensichtlich Unterstützung mit Vereinnahmung verwechselt. Von den Verfechtern der Kultur des Todes ist zumindestens keine Vereinnahmung -von Ihnen nicht, Herr Dr. Bürger- ist keine Unterstützung zu erwarten. Zumindestens nicht in Form einer Unterstützung zu erwarten. Inwieweit diese Kräfte aber eine Unterwanderung auf anderer Ebene betrieben haben, und möglicherweise betreiben, ist aufgrund der Kürze der Zeit und der daraus resultierenden fehlenden Informationen für uns nicht überschaubar. Aufgrund dieser unklaren Verhältnisse und aufgrund dieser dem Lebensschutz abträglichen feindlichen Stimmungsmache gegen die wirklichen Lebensschützer auf parlamentarischer Ebene, nämlich die AfD, können wir den Antrag der CDU dies Mal nicht unterstützen. Sofern künftig seriöse Lebensrechtsgruppen, wie beispielsweise Kaleb, Ja zum Leben, Aktion Lebensrecht für Alle etc. im Lahn-Dill-Kreis aktiv werden, werden wir gerne mit der CDU am gleichen Strang für unser gemeinsames Ziel, die Stärkung des Schutzes von ungeborenem Leben, und der Unterstützung der Schwangeren eintreten.“

Abgeordnete Beimborn (SPD) fragt, warum die Rede des Vorredners in dieser Ausprägung gehalten werden durfte. In der Sache trägt sie vor, dass der frühere Verein Kaleb zunächst als Selbsthilfegruppe Förderung beim Lahn-Dill-Kreis beantragt habe. Als solche habe er die Kriterien für eine Förderung nicht erfüllt. Inzwischen könne aber eine Vereinsförderung gewährt werden. Die dort vertretenen Positionen seien für eine Vereinsförderung angemessen, für die Aufnahme in die Beratungsangebote des Lahn-Dill-Kreises sehe sie jedoch keine Möglichkeit, da wichtige Kriterien wie Neutralität, fachliche Ausbildung, berufliche Erfahrung, Vernetzung und Kooperation mit anderen Beratungsstellen nicht erfüllt würden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) merkt an, dass jeder Ordnungs- und Sachruf einer Überprüfung durch das Verwaltungsgericht standhalten müsse, da er in der Konsequenz zu einem Sitzungsausschluss führen könne. Es gebe beim Thema Schwangerschaftsabbruch emotional aufgeladene und kontroverse Positionen. Die Meinungsfreiheit sei aber ein hohes Gut, auch wenn man Ansichten nicht teile.

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) macht deutlich, dass es bei dem vorliegenden Antrag nicht um die Debatte gehe, die der Abgeordnete Bellinghausen (AfD) angestoßen habe. Es handle sich um einen ehrenwerten Verein, der sich umfirmiert habe, um eine Distanzierung zum ehemaligen Verein herzustellen. Der Verein erhalte eine Vereinsförderung von 280 €, die mit dem Antrag auf 5.000 € aufgestockt werden solle. Er schlägt vor, einen Sperrvermerk anzubringen und den Sozialausschuss mit einem vor-Ort-Termin zu beauftragen. Weiter stellt er klar, dass die Ausstellung von Beratungsscheinen vom Verein gar nicht gefordert werde. Es gehe vielmehr um niederschwellige Angebote.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 22 CDU

Nein-Stimmen: 47 (18 SPD, 12 B90/Die Grünen, 6 FWG, 4 AfD, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Enthaltungen: 5 (2 AfD, 1 fraktionslos, 1 FWG, 1 SPD)

Jagdsteuer, Antrag der CDU-Fraktion (12)

Abgeordnete Krämer-Bender (CDU) teilt mit, dass den Jägerinnen und Jägern zunehmend Aufgaben übertragen würden, die in vielen Bereichen dem öffentlichen Interesse dienen. Sie nennt als Beispiele die afrikanische Schweinepest und den Waldumbau. Ziel des Waldumbaus sei es, klimaempfindliche Nadelwälder in widerstandsfähige und artenreiche Mischwälder umzubauen. Voraussetzung hierfür sei der Schutz der Pflanzen vor Wildschäden, wofür die Jägerschaft einen wesentlichen Beitrag leiste. Die Kosten für Hochsitze (ca. 500 – 100. € pro Sitz) müssten von der Jägerschaft jedoch selbst aufgebracht werden. Daher sollten sie nicht mit Jagdsteuer bestraft werden.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) teilt mit, dass es keinen Dissens über die Leistungen der Jägerschaft gebe. Er ruft in Erinnerung, dass die Steuer in der jüngsten Vergangenheit bereits halbiert worden sei. Es sei seitens der Koalition geplant, die Steuer bis 2026 ganz abzuschaffen. Die Haushaltslage müsse dies jedoch zulassen. Die kommenden Haushaltjahre würden jedoch von Corona geprägt sein und man könne die entfallenen Einnahmen aktuell nicht durch eine höhere Kreisumlage kompensieren. Er verweist darauf, die Thematik auf Landesebene anzugehen.

Abgeordnete Schäfer (CDU) ist demgegenüber der Ansicht, dass man hier und heute etwas für die Jägerinnen und Jäger tun könne und solle und ihnen damit Wertschätzung entgegenbringen solle.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 29 (22 CDU, 6 AfD, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 45 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Kreisumlage, Antrag der CDU-Fraktion (13)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 29 (22 CDU, 6 AfD, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 45 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

IT-Dienstleistungen extern vergeben, Antrag der CDU-Fraktion (26)

Abgeordneter L. Müller (CDU) hält es für wahrscheinlich, dass der Bedarf an IT-Dienstleistungen an Schulen in den nächsten Jahren im Hinblick auf Qualität und Quantität nicht konstant bleiben werde. Eine externe Vergabe mache daher Sinn. Auch die Einrichtung eines Eigenbetriebes hält er für einen gangbaren Weg.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 22 CDU

Nein-Stimmen: 46 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE; 1 fraktionslos)

Enthaltungen: 6 AfD

Effizienzprüfung der Kreisverwaltung, Antrag der CDU-Fraktion (27)

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) bezieht sich auf die mögliche Einbeziehung externer Wirtschaftsprüfer, die von Landrat Schuster mit der Frage kommentiert worden sei, was man mit den Pfeifen in Nadelstreifen wolle. Diesen Umgang mit der Thematik halte er für unangemessen.

Landrat Schuster (SPD) sieht den Kreis als sehr komplexes Unternehmen. Es gebe kaum Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die das Aufgabenportfolio des Kreises kennen würden. Man müsse genau überlegen, wer die Qualifikation für eine Beratung mitbringe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 28 (22 CDU, 6 AfD)

Nein-Stimmen: 45 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)

Enthaltungen: 1 fraktionslos

Corona-Sonderzuschuss, Antrag der CDU-Fraktion, Tischvorlage

Abgeordnete Kunz (CDU) äußert Respekt gegenüber den Menschen, die in Kliniken arbeiteten und bedankt sich für deren Leistung. In den Kliniken als Eigenbetrieb gebe es jedoch Tarif-Parteien. Politik solle sich da raushalten.

Abgeordnete Ohnacker (DIE LINKE) zieht ihren Redebeitrag wegen des Widerstreits der Interessen zurück.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) sieht es als unstrittig an, dass alle Stationen belastet seien und nicht nur die Intensivstationen. Im Antrag gehe es aber um die Intensivstationen und die Anerkennung ihrer besonderen, dargestellten Belastung. Wie beim Mindestlohn könnten auch Dinge geregelt werden, die regulär von Tarifparteien ausgehandelt würden. Man habe nur eine Beteiligung, die sich in dieser Situation befände. Die Kliniken selbst könnten das aus dem laufenden Bedarf jedoch nicht darstellen, so dass man die Mittel im Kreishaushalt bereitstellen solle, um die Anerkennung der besonderen Leistung für die Menschen im Lahn-Dill-Kreis zu gewährleisten.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) unterstützt die Ausführungen des Vorredners vor dem Hintergrund, dass viele Einschränkungen darauf zurückzuführen seien, dass in diesem Bereich Personal die Kliniken wegen der Unattraktivität der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung verlassen habe.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 31 (22 CDU, 6 AfD, 2 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 42 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP)

Enthaltungen: 0

Neubau Einfeld-Sporthalle Grundschule Dillenburg Manderbach, Antrag der CDU-Fraktion (14)

Abgeordnete Schumacher (CDU) sieht Synergieeffekte mit dem Pakt für den Nachmittag. Es gebe in Manderbach keine überdachte Sportstätte, jedoch ein an die Grundschule angrenzendes Grundstück, das für den Bau einer Turnhalle seit 30 Jahren vorgehalten werde. Derzeit entstände pro Sportstunde ein großer Zeitverlust wegen der Anfahrt, Transportkosten und CO₂-Ausstoß. Der Alternativantrag der Koalition vertage das Problem und schiebe den schwarzen Peter der Stadt Dillenburg zu, obwohl der Kreis als Schulträger zuständig sei.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) sieht Einigkeit, dass es eine Turnmöglichkeit an der Grundschule geben solle. Der Kreis könne Turnmöglichkeiten für Grundschulen bauen, nicht jedoch für Vereine, da diese wegen der vorzuhaltenden Duschmöglichkeiten größer und teurer seien. Wenn sich nach Verhandlung mit der Stadt Dillenburg über die Schaffung von attraktiveren Turngelegenheiten für Vereine eine Möglichkeit ergebe, die Halle größer zu bauen, dann wolle man das gern tun. Die Planung solle zusammen mit der Mensa und dem Multifunktionsraum erfolgen, für die bereits Mittel im Haushaltsplan vorgehalten würden. Daher wolle man einen Sperrvermerk für dieses Produkt.

Abgeordnete Niggemann (AfD) weist ausdrücklich auf die seit Jahrzehnten bestehende Notwendigkeit einer Turnhalle hin. Eine Elterninitiative unterstütze in dieser Sache. Verhandlungen mit der Stadt würden nur zu weiteren Zeitverzögerungen führen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 29 (22 CDU, 6 AfD, 1 fraktionslos)

Nein-Stimmen: 44 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Mensa Multifunktionsraum Grundschule Dillenburg Manderbach, Antrag der Koalitionsfraktionen (25)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen: 66 (22 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

Nein-Stimmen: 6 AfD

Enthaltungen: 1 fraktionslos

Erweiterungsmaßnahmen Philipp-Schubert-Schule Hermannstein, Antrag der CDU-Fraktion (15)

Abgeordneter Irmer (CDU) wünscht sich von der Koalition mehr Flexibilität in der Sache und Aufgeschlossenheit gegenüber gemeinsamem Vorgehen. An der Grundschule in Hermannstein gebe es Raumprobleme, die Betreuungskapazität sei erschöpft und Fachräume müssten in Klassenräume umgewidmet werden, so dass Handlungsbedarf gesehen werde. Darauf, dass die ursprüngliche Planung zu klein ausgefallen sei, habe der Förderkreis der Schule bereits in 2010 hingewiesen. Das angrenzende Gelände sei in 2017 verkauft worden, obwohl es Gespräche mit der Stadt Wetzlar wegen einer möglichen Erweiterung in Folge neu ausgewiesener Baugebiete gegeben habe.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) möchte seinem Vorredner im Kern nicht widersprechen. Die Schule sei mit großzügigen Räumlichkeiten für Betreuungsangebote ausgestattet und man habe umgebaut. Auf dem verbliebenen Grundstück könne nicht weiter gebaut werden. Es müsse daher überlegt werden, wie man erweitern und gleichzeitig Schule und Betreuung unter einen Hut bringen könne. Dazu stehe er in Kontakt mit der Stadt Wetzlar. Er werde über den Verlauf der Verhandlungen und erarbeitete Alternativen berichten.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 28 (22 CDU, 6 AfD)

Nein-Stimmen: 44 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)
Enthaltungen: 0

Laufbahn mit Sprunggrube an der Grundschule Lahнау-Waldgirmes, Antrag der CDU-Fraktion (16)

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) hat vom Ersten Kreisbeigeordneten erfahren, dass eine Prüfung des Geländes ergeben habe, dass maximal eine 50-Meter-Bahn realisiert werden könne. Unter diesen Umständen wolle er den Antrag hinsichtlich der Planungskosten anpassen und auf 10.000 € reduzieren

Abgeordneter Böcher (SPD) teilt mit, dass man wegen anhaltend hoher Baupreise priorisieren müsse. Er nennt die Fassadenerneuerung an der Lahntalschule.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 25 (22 CDU, 3 AfD)

Nein-Stimmen: 45 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 AfD, 1 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, E-Bikes und Mopeds an Schulen, Antrag der CDU-Fraktion (17)

Der Antrag wurde in der Sitzung des HFWO zurückgezogen.

Sanierung der Sportanlagen an heimischen Schulen, Antrag der CDU-Fraktion (18)

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) merkt an, dass die Unterhaltung von Sportanlagen, soweit sie nicht grundhaft geschehe, keine investive Maßnahme darstelle und als Bauunterhaltungsmittel nicht in diesen Teil des Haushaltsplanes gehöre.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 28 (22 CDU, 6 AfD)

Nein-Stimmen: 44 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Pilotprojekt Raumlufilteranlagen an heimischen Schulen, Antrag der CDU-Fraktion (19)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 28 (22 CDU, 6 AfD)

Nein-Stimmen: 44 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung.

Abluftventilatorensysteme an Schulen, Antrag der Koalitionsfraktionen (24)

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) erläutert, dass es um Maßnahmen gehe, die von der Technischen Hochschule Mittelhessen in Gießen erforscht worden seien. Nicht der Nutzen der Maßnahme stehe in Frage, sondern die baulichen Grundvoraussetzungen an den Schulen. Vorteilhaft an dem System sei, dass es sich um Frischluft handele und nicht um gereinigte Luft. Es stehe allerdings schon fest, dass es sich wegen der energetischen Bilanz nicht um eine dauerhafte Lösung handeln werde. Die Geräte seien nicht förderfähig.

Abgeordneter Irmer (CDU) teilt mit, dass man dem Antrag zustimmen werde und dass man sich gelegentliche Zustimmung auch von der Koalition gewünscht hätte. Er bezieht sich auf die Bemerkung des Abgeordneten Brockhoff (B90/Die Grünen) aus der letzten Kreistagssitzung, dass er nicht sicher sei, dass die Geräte auch aufgestellt würden. Seiner Information nach stünden sie in Limburg-Weilburg nur in großen Lagern. Er habe das Landratsamt angeschrieben, um nachzuprüfen, ob diese Behauptung stimme. Mit Schreiben vom 26.11.2021 habe man geantwortet, dass der Landkreis Limburg-Weilburg 600 Raumlufilteranlagen für die Schulen und

Kindertagesstätten angeschafft habe. Davon seien zurzeit ca. 550 Geräte im Einsatz. Ca. 50 Geräte würden als Reserve zurückgehalten, um kurzfristig handeln zu können, sollte ein Ausbruchsgeschehen gemeldet werden. Diese Antwort widerspreche der Behauptung des Abgeordneten Brockhoff (B90/Die Grünen), die er als Fake News bezeichnet. Er weist weiter auf einen offenen Brief von 34 Grundschullehrerinnen an den Schuldezernenten hin, die Luftreinigungsfilteranlagen doch noch anzuschaffen. Im Übrigen habe die FDP-Fraktion auf Landesebene selbst beantragt, für die Anschaffung von Luftfiltergeräten Mittel bereit zu stellen.

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) zitiert aus dem Tageblatt Limburg-Weilburg und der Homepage, wonach der Landrat Limburg-Weilburg berichtet habe, dass der Kreis 600 Luftfilter angeschafft habe. 60 seien derzeit im Einsatz. Der Rest stehe in Lagern. Eine Woche später sei im dortigen Kreistag eine Klarstellung des Landrates erfolgt, wonach die Geräte im Einsatz seien. In der letzten Kreistagsitzung im Lahn-Dill-Kreis habe seine Behauptung somit der zunächst veröffentlichten Information wie dargestellt entsprochen und sei zu diesem Zeitpunkt nicht falsch gewesen.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) ist der Ansicht, dass dieses Thema zunächst in den Landtag gehöre. Als Koalition stelle man auf Kreisebene eine positive Alternative auf. Mittel aus Förderprogrammen rufe man für Räume ab, die nicht belüftbar seien.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen, 0 Enthaltungen

Infrastruktur für E-Bikes oder Elektromobile an Schulen, Antrag der CDU-Fraktion (20)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 22 CDU

Nein-Stimmen: 50 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 6 AfD, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

Enthaltungen: 0

Parkplatzsituation Berufliche Schulen in Dillenburg, Antrag der CDU-Fraktion (21)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 27 (22 CDU, 5 AfD)

Nein-Stimmen: 44 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

Enthaltungen: 1 AfD

Landratsantrag insgesamt (28)

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt, 31 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt

1.1 gemäß § 97 Abs. 2 in Verbindung § 101 Abs. 3 HGO und § 52 Abs. 1 HKO den als Anlage (Kap. 6.4.1) dem Haushaltsplan beigefügten Entwurf des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2021 bis 2025 in der vom Kreisausschuss festgestellten Fassung unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen,

1.2 gemäß § 97 Abs. 2 HGO in Verbindung mit § 52 Abs. 1 HKO den als Anlage 1 beigefügten Entwurf der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2022/2023 mit beiliegendem Haushaltsplan - in der vom Kreisausschuss festgestellten Fassung unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen.

Beschluss Teil 1.1 der Vorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja-Stimmen: 63 (21 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP)

Nein-Stimmen: 6 AfD

Enthaltungen: 2 DIE LINKE

Beschluss Teil 1.2 der Vorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Ja-Stimmen: 42 (19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP)

Nein-Stimmen: 27 (21 CDU, 6 AfD)

Enthaltungen: 2 DIE LINKE

Zu TOP 5.

Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2021;

Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen Produktbereich 05 Soziale Leistungen

A-42/2021

Vorsitzender Volkmann (CDU) führt aus, dass er diesen und die folgenden drei Tagesordnungspunkte trotz der fortgeschrittenen Zeit aufrufen und behandeln werde, um den Themenkomplex nicht noch in die Fortsetzungssitzung zu verschieben. Dies erfolge auch im Sinne der Kreisverwaltung.

Beschluss:

Der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen im Produktbereich 05 Soziale Leistungen in Höhe von bis zu **4,2 Mio. €** wird gemäß §100 Abs.1 HGO in Verbindung mit § 52 Abs.1 HKO wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

66 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen (AfD)

o Enthaltungen

Zu TOP 6.

Bewältigung der COVID-19-Pandemie

Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Produktbereich 07 Gesundheitsdienste

A-41/2021

Beschluss:

Der Leistung **überplanmäßiger** pandemiebedingter Aufwendungen im **PB 07 Gesundheitsdienste** i. H. v. **bis zu 1,2 Mio. €** wird gem. § 100 Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 8 Abs. 1 Ziff. 1a der Haushaltssatzung 2021 des Lahn-Dill-Kreises vom 09.12.2019 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

66 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen (AfD)

o Enthaltungen

Zu TOP 7.

Wirtschaftsplan 2022 der Abfallwirtschaft Lahn-Dill

VL-293/2021

Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft Lahn-Dill für das Geschäftsjahr 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

66 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen (AfD)

o Enthaltungen

Zu TOP 8.

Wirtschaftsplan 2022 der Lahn-Dill-Akademie

VL-297/2021

Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan der Lahn-Dill-Akademie für das Geschäftsjahr 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

66 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen (AfD)

o Enthaltungen

Kreistagsvorsitzender Johannes Volkmann schließt die Sitzung des Kreistages um 18:00 Uhr und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 07.01.2022

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin

Sperrfrist: 6. Dezember 2021, 09:30 Uhr

Datum:
3. Dezember 2021
Unser Zeichen:
WS/ban

Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 6. Dezember 2021

- Es gilt das gesprochene Wort -

INHALT

Landrat Schuster informiert:	2
1 Abbruch Rundbau „Sparkasse“ und Gebäude „A“ sowie Ersatzneubau Gebäude „A“ und Parkhaus.....	2
Ehrenamtlicher Kreisbeigeordner Prof. Dr. Danne informiert:.....	3
2 UNI Siegen, Antrag zur Förderlinie „Innovative Hochschule“	3
3 Region Mittelhessen, Antrag zur Förderlinie „Transformationsstrategie für Regionen der Fahrzeug-und Zulieferindustrie“	3

Landrat Schuster informiert:

1 Abbruch Rundbau „Sparkasse“ und Gebäude „A“ sowie Ersatzneubau Gebäude „A“ und Parkhaus

Sachstand:

- Die Abbrucharbeiten sind abgeschlossen
- Spezialtiefbau (Bohrpfahlgründung) mit Stand 23.11.2021 sind von insgesamt 105 Bohrpfählen noch 32 herzustellen.
- Zeitverzögerung
 - Kampfmittelbergung mit ca. 1.100 zusätzlichen Sondierungsbohrungen. Im Zuge der durchgeführten Sondierungsarbeiten, wurde festgestellt, dass lediglich für einen von 105 Bohrpfählen eine Freigabe erteilt werden konnte. Bedingt durch die metallhaltigen Auffüllungen (Trümmerschutt) wie z.B. Schlacke, bewehrte Fundamente, in dem Boden verbliebene Stahl-Spundwände war eine gesicherte Sondierung nicht gegeben und es wurde kein eindeutiges Ergebnis erzielt. Zum Erhalt der Baufreiheit für alle Bohrpfähle müssen je Bohrpfahl (D= 90 cm) ca. 9-12 zusätzliche Kontaktbohrungen bis zu einer Tiefe von 6,00 m ausgeführt werden.
 - Im Baufeld wurden zahlreiche Erdkabel (ENWAG/Stadt/Telekom) vorgefunden, die in keinen Plänen dargestellt waren bzw. an anderen Orten als im Plan vermerkt vorgefunden wurden. Hier sind zahlreiche Verlegungen/Umlegungen einschl. Verteilerkästen erforderlich.
 - Für diese Maßnahmen werden bzw. sind bisher nicht unerhebliche Mehrkosten angefallen, die aktuell noch nicht beziffert werden können, sich aber nach vorläufigen Schätzungen auf jeden Fall im 6-stelligen Bereich bewegen werden.
- Der KA hat in seiner Sitzung am 27.10.2021 den Auftrag zur Ausführung der Erd-, Mauer- und Betonarbeiten an die Firma Hundhausen, Siegen erteilt. Die Firma Hundhausen wird voraussichtlich am 24.01.2021 mit den Arbeiten beginnen. Die Fertigstellung der EMB- Arbeiten ist gem. aktueller Zeitplanung für Dez. 2022 vorgesehen.
- Die Mehrkosten im Rohbau können mit bestehenden Vergaberessourcen der Gewerke Abbruch und Spezialtiefbau und vorgenommenen Einsparungen kompensiert werden.
- Im aktuellen Kostenbericht sind u.a. alle vorliegenden Nachträge der Firmen Scherer (Abbruch), Kirchner (Spezialtiefbau), Zimmermann (Kampfmittelsondierung) sowie der Auftragswert der Fa. Hundhausen eingestellt. Im Ergebnis besteht derzeit eine gesamt Budgetüberschreitung von ca. 15.000.- €.
- Aus heutiger Sicht ist aber davon auszugehen, dass auch bei Ausschöpfung aller möglichen Einsparungspotenziale, bedingt durch die aktuelle Preissituation am Markt, eine Steigerung der Kosten in Höhe von ca. 5 bis 10 % zu erwarten ist.
- Geplante Fertigstellung und Inbetriebnahme (Ersatzneubau und Parkhaus) 4. Quartal 202

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordner Prof. Dr. Danne informiert:

2 UNI Siegen, Antrag zur Förderlinie „Innovative Hochschule“

Die Hochschulregion Siegen im Dreiländereck Südwestfalen und den beiden südlich angrenzenden hessischen (Lahn-Dill-Kreis) und rheinland-pfälzischen Landkreisen (Kreis Altenkirchen) ist eine hoch industrialisierte und dennoch ländlich geprägte Region, die sich in den kommenden Jahren mit enormen gesellschaftlich relevanten Herausforderungen auseinandersetzen muss. Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Wandel werden es erforderlich machen, dass diese Region einen tiefgreifenden Transformationsprozess durchlaufen wird. Ziel der Kooperation zwischen Region und Universität ist es, beispielhaft Lösungen für die Zukunft des ländlich industrialisierten Raumes zu entwickeln. Entwickelte Lösungsansätze sind auch für andere ländlich industrialisierte Regionen bedeutsam.

Drei Ziele:

1. Strategischer Auf- und Ausbau der regionalen Kooperationen zu einem Innovations-Ecosystem
2. Profilbildung für die Transformation des ländlich industrialisierten Raumes
3. Aufbau von Reallaboren, z. B. im Bereich I 4.0 sowie Soziale Dienste und Gesundheitsversorgung

Netzwerk bestehend aus insbesondere 6 Landkreisen, 4 IHKn (auch IHK Lahn-Dill), AGV, DGB und IG Metall, **Förderdauer** 4 Jahre - 100 % Förderung.

3 Region Mittelhessen, Antrag zur Förderlinie „Transformationsstrategie für Regionen der Fahrzeug- und Zulieferindustrie“

Mittelhessen gehört zu den industriestärksten Regionen in Hessen. Die Fahrzeugindustrie in der Region ist stark durch Zulieferindustrie und angrenzenden Branchen mit KMU-Strukturen geprägt. ES gibt bisher noch kein Transformationsnetzwerk. S sind aber Initiativen aktiv, die thematische Anknüpfungspunkte für ein Transformationsnetzwerk bieten. Auch die drei Hochschulen der Region bieten großes Potenzial.

Ziel des Projektes ist es, auf Basis einer regionalen Gesamtstrategie ein Transformationsnetzwerk in Mittelhessen aufzubauen. Netzwerk bestehend aus einem regionalen Konsortium: dem Regionalmanagement Mittelhessen GmbH, der TransMIT GmbH, der Philipps-Universität Marburg sowie dem CompetenceCenter Duale Hochschulstudien - StudiumPlus e. V. Die Transferstrategie soll unter enger Einbeziehung aller betroffenen Akteure in Mittelhessen entwickelt werden.

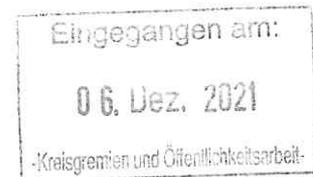
3-Säulen-Modell für die Projektarchitektur:

1. Regelmäßige Erhebungen und Benchmark
2. Netzerkbildung & Umsetzungsmaßnahmen im Bereich Technologie (TransMit) und Qualifizierung (CCD in Kooperation mit dem Lahn-Dill-Kreis, für den 2 Stellen beantragt werden)
3. Netzwerk und Kommunikation.

Die drei Säulen sollen einen dynamischen Prozess anstoßen, um ein lernendes Netzwerk aufzubauen, das geeignete Maßnahmen entwickelt, erprobt und immer wieder anpassen kann.

Förderdauer 3,5 Jahre - 100 % Förderung

Herrn
Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender
Kreishaus, Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar



Wetzlar, 06.12.2021

Coronasonderzuschuss

Änderungsantrag zum Haushalt 2022/2023

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2022/2023 in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 06.12.2021 aufzunehmen.

Der Kreistag möge beschließen:

Im Wirtschaftsplan wird für die Beteiligung Lahn-Dill Kliniken ein einmaliger verlorener Zuschuss über 200.000,- Euro eingestellt. Der Zuschuss soll von den Lahn Dill Kliniken für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ärztlicher und pflegerischer Dienst) in den intensivmedizinischen Abteilungen der Häuser als einmaliger Coronasonderzuschuss verteilt werden.

Begründung:

Die ausgesprochen schwierige Lage und andauernde Hochbelastung die bei den Mitarbeitern der Lahn-Dill Kliniken (alle Häuser) in den intensivmedizinischen Häusern bei der Bewältigung Folgen der Corona Pandemie in Form einer übergroßen psychischen und körperlichen Belastung anfällt soll durch eine besondere, neben den allgemeinen und tariflichen Ansprüchen stehenden Coronasonderzuschuss gewürdigt werden. Die Auszahlung sollte mit einer Information der Geschäftsleitung dergestalt erfolgen, dass die politischen Gremien des Lahn Dill Kreises den begünstigten Mitarbeitern ihren großen Dank für deren übergroßen Einsatz, der nun schon zwei Jahre andauert besonders dankt.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Irmer
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.

Kreistagsfraktion Lahn-Dill

Eingegangen am:

06. Dez. 2021

-Kreisgremien und Öffentlichkeitsarbeit-

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Lahn-Dill

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

04.12.21

Sehr geehrter Herr Volkmann,

ich bitte Sie, folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2022/2023 in die Tagesordnung der Kreistagsitzung am 06.12.2021 aufzunehmen.

Schulfahrten zu Gedenkstätten des Deutschen Faschismus
Änderungsantrag zum Haushalt 2022/2023

Der Kreistag möge beschließen:

In den Haushalt 2022/2023 werden jährlich 10 000 Euro eingestellt, um Schülerfahrten zu Gedenkstätten, wie zum Beispiel Hadamar oder Buchenwald, zu unterstützen.

Die Befreiung von der Naziherrschaft war aus Sicht der Partei DIE LINKE ein Glücksfall der Geschichte. Die LINKE-Kreistagsfraktion ist froh darüber, dass der Deutsche Faschismus überwunden werden konnte. Eine solche Diktatur darf sich nicht wiederholen. Das gilt für stalinistische genauso, wie für die nationalsozialistische Diktatur der NSDAP. Deshalb sind Besuchsfahrten zu Gedenkstätten pädagogisch so wichtig.

Wir bitten um Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Horst Knies
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag
des Lahn-Dill-Kreises

1. Teilergebnishaushalte

Antrag Nr. Antrag-steller Datum	Bezeichnung Maßnahme	2022			2023			Erläuterungen/ Inhalt	Beschluss KT (06.12.2021)
		Teilansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 06.10.2021) €	Verbesserg./ Verschlechl. (-) €	Teilansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 06.10.2021) €	Verbesserg./ Verschlechl. (-) €		
1 CDU 11.11.2021	Trinkwasserspender für MA und Besucher in LDK-Liegenschaften	80.000	0	-80.000			0	Trinkwasserspender m. Festwasseranschluss in den Liegenschaften der Kreisverwaltung und Eigenbetriebe für Mitarbeiter/innen und Besucher/innen	mehrheitlich abgelehnt
2 CDU 11.11.2021	Kreisarchiv	46.019	0	-46.019	46.710	38.360	-8.350	Einrichtung eines Kreisarchives (Einstellung eines Kreisarchivars mit Besoldung A13)	mehrheitlich abgelehnt
		21.547	0	-21.547	21.870	17.961	-3.910		
3 CDU 11.11.2021	Tierschutzvereine im Lahn-Dill-Kreis	30.000	20.000	-10.000	30.000	20.000	-10.000	Erhöhung des Ansatzes Aufwendungen für Tierschutzvereine um 10.000 €	mehrheitlich abgelehnt
4 CDU 10.11.2021	Eigenbetrieb für die Betreuung an Schulen	150.000	0	-150.000	150.000	0	-150.000	Eigenbetrieb für die Betreuung an Schulen (Hinweis Verwaltung: Schulumlagerrelevant; Für Trägerschaft Ganztags bereits 460T€/Jahrl. ab 2022 eingeplant.)	mehrheitlich abgelehnt
5 CDU 11.11.2021	Schulfahrten zu Gedenkstätten der dt. Wiedervereinigung	10.000	0	-10.000	10.000	0	-10.000	Finanzielle Unterstützung durch den Kreis bei Schulfahrten zu Gedenkstätten der deutschen Wiedervereinigung (Hinweis Verwaltung: Schulumlagerrelevant; Erhöht die freiwilligen Leistungen)	mehrheitlich abgelehnt
Tischvorlage Die Linke 06.12.21	Schulfahrten zu Gedenkstätten des dt. Faschismus	10.000	0	-10.000	10.000	0	-10.000		mehrheitlich abgelehnt
6 CDU 10.11.2021	Erhöhung freiwillige Leistung "Förderung d. Chorgesanges"	10.000	2.000	-8.000	10.000	2.000	-8.000	Anhebung der Förderung auf 10T€ jährlich (Hinweis Verwaltung: Erhöht die freiwilligen Leistungen)	mehrheitlich abgelehnt
7 CDU 10.11.2021	Streichung der Stellen Bildungsmanager/in und Bildungsmonitoring	0	168.279	168.279	0	172.911	172.911	Ersatzlose Streichung der beiden Stellen Bildungsmanager und Bildungsmonitoring	mehrheitlich abgelehnt
8 CDU 11.11.2021	Zuschuss Integrationslotsen	20.000	0	-20.000	20.000	0	-20.000	Für die Unterstützung des Malteser Integrationslotsenprojektes (Hinweis Verwaltung: Erhöht die freiwilligen Leistungen) Mündlicher Vorschlag von Hrn. Immer: Die Aufwendungen sollen mit einem Sperrvermerk versehen werden.	mehrheitlich abgelehnt
23 AFD 22.11.2021	Remigrationsbeauftragter	56.120	0	-56.120	57.242	0	-57.242	Stelle Remigrationsbeauftragter soll in den Stellenplan mitaufgenommen u. schnellstmöglich besetzt werden. (Hinweis Verwaltung: Berechnung für Stellenwertigkeit S9)	mehrheitlich abgelehnt
9 CDU 10.11.2021	Vielfaltszentrum	144.811	144.811	0	148.990	148.990	0	Ausgaben für das Vielfaltszentrum mit Sperrvermerk versehen; (Hinweis Verwaltung: Sperrvermerk für Personalkosten nicht möglich; nur Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit)	mehrheitlich abgelehnt
		2.000	2.000	0	2.000	2.000	0		
10 CDU 10.11.2021	Verfügungsfonds für Pflegefamilien	20.000	0	-20.000	20.000	0	-20.000	Einrichtung eines Verfügungsfonds für Pflegefamilien für Notfälle (Hinweis Verwaltung: Erhöht ggf. die freiwilligen Leistungen)	mehrheitlich abgelehnt
11 CDU 11.11.2021	Verein "Belly & Soul"	5.000	0	-5.000	5.000	0	-5.000	Der Verein (ehem. KALEB) kümmert sich seit Jahren ausschließlich um werdende Mütter in Not und um junge Familien. Diese Arbeit ist wichtig und für viele junge Frauen unverzichtbar. (Hinweis Verwaltung: Erhöht die freiwilligen Leistungen)	mehrheitlich abgelehnt
12 CDU 11.11.2021	Jagdsteuer	0	-104.000	-104.000	0	-104.000	-104.000	Verzicht auf die Erhebung der Jagdsteuer ab 2022	mehrheitlich abgelehnt
13 CDU 10.11.2021	Kreisumlage	-130.310.820	-138.002.030	-7.691.210			0	Festsetzung der Summe KU+SU auf 50,8% (Hinweis Verwaltung: Entspricht einer Senkung der Kreisumlage um 2,05%-Punkte auf 35,17%/32,64%Stadt WZ)	mehrheitlich abgelehnt
26 CDU 25.11.2021	IT-Dienstleistungen extern vergeben							Planstellen für IT-Aufgaben streichen und Vergabe dieser Arbeiten an externe Dienstleister (Hinweis Verwaltung: Welche Produktbereiche? Nur neue Stellen oder auch bestehende?)	mehrheitlich abgelehnt

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2022/23
Abstimmungsergebnisse im Kreistag am 06.12.2021

27 CDU 25.11.2021	Effizienzprüfung der Kreisverwaltung								Die Abläufe in der Kreisverwaltung sollen durch einen ext. Berater geprüft werden. Sperrvermerk auf den Stellenplan HH 22/23 (Aufhebung durch HFWO nach Auswertung der Ergebnisse). (Hinweis Verwaltung: Welche Produktbereiche? Nur neue Stellen oder auch bestehende?)	mehrheitlich abgelehnt
28 LR-Antrag 02.12.2021	Gesamtbetrag Erträge	-397.508.261	-399.662.948	-2.154.687	-406.484.888	-406.484.888	0		Nähere Erläuterungen siehe Antrag	
	Gesamtbetrag Aufwendungen	400.131.746	399.578.766	-552.980	407.641.293	408.941.293	1.300.000			
	Jahresergebnis	2.623.485	-84.182	-2.707.667	1.156.405	2.456.405	1.300.000			
Tischvorlage CDU 06.12.21	Coronasonderzuschuss an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lahn-Dill-Kliniken in den intensivmedizinischen Abteilungen	200.000	0	-200.000					Die ausgesprochen schwierige Lage und andauernde Hochbelastung, die bei den Mitarbeitern der Lahn-Dill-Kliniken in den intensivmedizinischen Abteilungen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie anfällt, soll durch einen besonderen Coronasonderzuschuss gewürdigt werden	mehrheitlich abgelehnt

2. Teilfinanzhaushalte/ Investitionsprogramm

Antrag Nr. Antrag-steller Datum	Bezeichnung Maßnahme	2022			2023			Erläuterungen/ Inhalt	Beschluss KT (06.12.2021)	
		Ansatz neu €	Teilsatz alt (HH-Entwurf KA 06.10.2021) €	Verbesserg./ Verschlecht. (-) €	Ansatz neu €	Teilsatz alt (HH-Entwurf KA 06.10.2021) €	Verbesserg./ Verschlecht. (-) €			
14 CDU 11.11.2021	Neubau Einfeld-Sporthalle an der Grundschule Dillenburg-Manderbach	200.000	0	-200.000	0	0	0	Planungskosten in 2022 und eine VE in Höhe von 2 Mio. €	mehrheitlich abgelehnt	
25 Koalition 12.11.2021	Mensa / Multifunktionsraum Grundschule Manderbach NEU	0	0	0	100.000	100.000	0	Sperrvermerk und Prüfauftrag an KA + Stadt Dbg.: Möglichkeiten d. Neubaus einer Sporthalle am Standort d. GS Manderbach ausloten. Gemeinsame Planung v. Sporthalle, Mensa u. Multifunktionsraum wird als sinnvoll erachtet.	mehrheitlich angenommen	
15 CDU 11.11.2021	Erweiterungsmaßnahmen Philipp-Schubert-Schule Hermannstein	200.000	0	-200.000	0	0	0	Planungskosten in 2022 und eine VE in Höhe von 1 Mio. €	mehrheitlich abgelehnt	
16 CDU 11.11.2021	Laufbahn m. Sprunggrube an der Grundschule Lahnau-Waldgirmes	10.000	0	-10.000	0	0	0	Prüfauftrag: Errichtung einer 75-Meter Laufbahn m. Sprunggrube; Mit Sperrvermerk	mehrheitlich abgelehnt	
17 CDU 11.11.2021	Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, E-Bikes und Mopeds an Schulen	300.000	0	-300.000	300.000	0	-300.000		Antrag zurückgezogen	
18 CDU 11.11.2021	Sanierung der Sportanlagen an heimischen Schulen	250.000	0	-250.000	250.000	0	-250.000	Erstellung einer Prioritätenliste	mehrheitlich abgelehnt	
19 CDU 11.11.2021	Pilotprojekt "Raumlüfteranlagen an heimischen Schulen"	100.000	0	-100.000			0	Drei Pilot-Schulen (auf frw. Basis) ggf. Fortführung bei erfolgreicher Durchführung, weitere Mittelbereitstellung über Nachtrag	mehrheitlich abgelehnt	
24 Koalition 18.11.2021	Abluftventilatorensysteme an Schulen	20.000	0	-20.000	20.000	0	-20.000	Prüfauftrag. Bei positivem Prüfergebnis Pilotprojekt (Hinweis Verwaltung: 20T€ in beiden HH-Jahren?)	einstimmig angenommen	
20 CDU 11.11.2021	Infrastruktur für E-Bikes oder Elektromobile an Schulen	250.000	0	-250.000	250.000	0	-250.000	Verbesserung der Kapazität der Ladestationen für E-Bikes oder Elektromobile für Schüler und Lehrer	mehrheitlich abgelehnt	
21 CDU 11.11.2021	Parkplatzsituation Berufliche Schulen in Dillenburg	100.000	0	-100.000	0	0	0	Planungskosten	mehrheitlich abgelehnt	
28 LR-Antrag 02.12.2021	Neubau Jung-Stiling-Schule	100.000	0	-100.000			0		einstimmig angenommen	
	Umbau/Sanierung des Blaulandes ABlar	50.000	0	-50.000			0			
	Raumlüfertechnische Anlagen	1.000.000	0	-1.000.000	1.500.000	0	-1.500.000			
	Fahradabstellanlage an Grundschulen	Einzahlung	-249.921	0	249.921			0		
		Auszahlung	312.404	0	-312.404			0		
	Fahradabstellanlage an beruflichen Schulen	Einzahlung	-65.327	0	65.327			0		
		Auszahlung	81.659	0	-81.659			0		
	Fahradabstellanlage an Gesamtschulen	Einzahlung	-131.426	0	131.426			0		
Auszahlung		164.282	0	-164.282			0			
	Klassengebäude Brandschutz-/ Energetische Sanierung Johannes-Gutenberg Schule Ehringshausen						0	VE in Höhe von 2,5 Mio. € in 2023		

3. Allgemein

22 Die LINKE 17.11.2021	Beschlussfassung über das Haushaltsjahr 2023 soll erst nach der Sommerpause 2022 erfolgen.	Beschluss KT (06.12.2021)
		mehrheitlich abgelehnt